

VERGABEUNTERLAGEN

2026001201

Reutersbrunnenstraße 34 - Vorabmaßnahmen Baumschutz

Öffentliche Ausschreibung (VOB)

Ausschreibung

AUFTRAGGEBER

Stadt Nürnberg - Servicebetrieb Öffentlicher Raum
Sulzbacher Str. 2-6, 90489 Nürnberg, Deutschland

29.05.2026

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare.....	5
Stadt Nürnberg VOB_eRechnung_SÖR	5
Bewerbungsbedingungen VOB	5
Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB)_eRechnung	8
Besondere Vertragsbedingungen (BVB) VOB	14
Ergänzende Bedingungen zur Rechnungsstellung_eRechnung_SÖR	14
Ergänzende Erklärungen zur Angebotsabgabe	16
Datenschutzhinweis Vergabeverfahren.....	18
Datenschutzhinweis Bieterkartei	20
Merkblatt Baumschutz auf Baustellen	22
Produkte/Leistungen	23
Eignungskriterien.....	58
Leistungskriterien	61
Anlagen	63

Allgemeine Informationen zum Verfahren

Es ist beabsichtigt, die in der Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

Projektinformationen							
Projektnummer:	2026001201						
Projektname:	Reutersbrunnenstraße 34 - Vorabmaßnahmen Baumschutz						
Gewerk:							
Projektbeschreibung:	Im Rahmen der Baudurchführung (Hochbau) werden Maßnahmen zum Schutz des vorhandenen Baumbestandes erforderlich. Diesbezüglich müssen ortsfeste Baumschutzzäune erstellt werden. Die Absicherung erfolgt zusätzlich durch teilweise blickdichte Bauzäune. Gegenstand der Ausschreibung: 276 m Baumschutzzäune 2 Tore, Breite ca. 1,20-1,50 m 130 m Schutzzäune, geschlossene Ausführung, mit Ballastierung 40 m Schutzzäune, geschlossene Ausführung, mit Pfosten 2 Tore, 1x Breite ca. 6m (Feuerwehruzufahrt). 1x Breite ca. 1,20 m 250 m Bauzäune, ortsfest mit Verankerung Abbruch, Abbau und Versetzen von mehreren Ausstattungsgegenstände: ca. 18 m Teilabbruch Ballfangzaun ca. 2,50 m Teilabbruch Zäune 1 Abbruch Tor, zweiflügelig ca. 9,5 qm Teilabbruch Pflasterfläche Granit in Beton Vorbereiten des Geländes für Aufbau Zaun mit Ständerung						
CPV-Code	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>45112700-2</td><td>Landschaftsgärtnerische Arbeiten</td></tr> <tr> <td>45112710-5</td><td>Landschaftsgärtnerische Bauleistungen für Grünanlagen</td></tr> </tbody> </table>	Code	Bezeichnung	45112700-2	Landschaftsgärtnerische Arbeiten	45112710-5	Landschaftsgärtnerische Bauleistungen für Grünanlagen
Code	Bezeichnung						
45112700-2	Landschaftsgärtnerische Arbeiten						
45112710-5	Landschaftsgärtnerische Bauleistungen für Grünanlagen						
Vergabeart:	Öffentliche Ausschreibung gemäß VOB						
Termine							
Bekanntmachung am:	30.05.2026						
Einreichungsfrist Teilnahmeantrag:	bis einschließlich um Uhr						
Angebotsfrist:	bis einschließlich 25.06.2026 um 09:30:00 Uhr						
Eröffnungstermin:	am 25.06.2026 ab 09:30:00 Uhr						
Bindefrist:	bis einschließlich 27.07.2026						
geplante Ausführungsdauer:	vom 20.07.2026 bis einschließlich 04.09.2031						
Anmerkungen zur Ausführungsdauer:	Voraussichtlicher Maßnahmenbeginn nach Einweisung: Ende Juli 2026 Fertigstellung der Maßnahme bis: spätestens Anfang September 2026						

1. Auskünfte

Auskünfte erteilt die Vergabestelle (sofern in der Leistungsbeschreibung keine abweichenden Angaben gemacht werden). Der Einwand, dass der Bieter über den Umfang der Leistung oder über die Art und Weise der Ausführung nicht genügend unterrichtet gewesen sei, wird ausgeschlossen.

Die Kommunikation mit der Vergabestelle erfolgt ausschließlich über das Nachrichtenmodul im Vergabemanagementsystem der Deutschen eVergabe. Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse:

<https://portal.deutsche-evergabe.de>. Bieterfragen müssen bis spätestens **22.06.2026 23:59 Uhr** eingegangen sein, für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert. Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

2. Kriterien für die Auftragsvergabe

Bewertungsmethode: Niedrigster Preis

Gewichtung: siehe in der Leistungsbeschreibung

Gelten besondere Zuschlagskriterien, werden diese bekannt gemacht und können dann als Wertungsmatrix in der Angebotsmaske des Bieterassistenten eingesehen werden.

3. Bedarfspositionen

Eventuelle Bedarfspositionen werden grundsätzlich gewertet.

4. Mehrere Hauptangebote

Mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig.

5. Nebenangebote

Nebenangebote sind nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen

Hinweise für das Erstellen von Nebenangeboten:

Falls die Abgabe von Nebenangeboten zugelassen ist, sind diese über die Option „Nebenangebote erstellen“ zu erstellen und nicht als Anlage des Hauptangebots hochzuladen. Eine genaue Anleitung für die korrekte Erstellung von Nebenangeboten finden Sie hier.

6. Preisnachlässe

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und an der dafür vorgesehenen Stelle (in der Angebotsmaske des Bieterassistenten im Unterpunkt "Nachlass") aufgeführt sind. Nicht zu wertende Preisnachlässe (z.B. Skonti) bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein als Vomhundertsatz angebotener Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen, auch von denen der Nachträge, deren Preise auf der Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind. Änderungssätze bei vereinbarter Lohngleitklausel werden durch den Preisnachlass nicht verringert.

7. Losaufteilung

Eine Losaufteilung ist vorgesehen: Nein
Art der Losauswahl:

8. Eigene Geschäftsbedingungen

Werden dem Angebot eigene Vertrags- oder Geschäftsbedingungen des Bieters (z.B. Individualklauseln, AGB, Eigentumsvorbehalte, Zahlungsziele) beigelegt, wird das Angebot gem. § 13 Abs. 1 Nr. 5 Satz 1 VOB/A iVm. § 16 Abs. 1 Nr. 2 VOB/A bzw. gem. § 13 EU Abs. 1 Nr. 5 Satz 2 VOB/A iVm § 16 EU Nr. 2 VOB/A ausgeschlossen, wenn eine Aufklärung ergibt, dass der Bieter an seinen Bedingungen festhalten möchte und damit tatsächlich von den Inhalten der Vergabeunterlagen abweichen will.

9. Vergabeunterlagen/ Vertragsbedingungen

Mit der Angebotsabgabe werden die im Angebotsassistenten (Workflowpunkte Vertragsbedingungen/Formulare und Produkte/Leistungen) hinterlegten und aufgeführten Vertragsbedingungen, die Leistungsbeschreibung sowie die VOB/B und die VOB/C, in der am Tage der Angebotseröffnung jeweils gültigen Fassung, Vertragsbestandteil. Die Rangfolge richtet sich nach §1 VOB/B.

Insbesondere sind die Bewerbungsbedingungen und die ergänzende Erklärung zur Angebotsabgabe zu beachten, die bereits mit Angebotsabgabe verbindlich gelten.

10. Bindefrist

Mit Abgabe des Angebots ist der Bieter bis zum Ablauf der Bindefrist an sein Angebot gebunden.

11. Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen

Eine wissentlich unvollständige oder falsche Erklärung im Vergabeverfahren kann den Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben.

12. Datenschutz

a) Verarbeitung personenbezogener Daten durch freiwillige Angabe:

Die von den Bietern erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Die Angaben erfolgen freiwillig und sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebotes.

b) Qualifizierter Datenschutzhinweis:

Ein qualifizierter Datenschutzhinweis im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen ist Bestandteil der Vergabeunterlagen.

c) Personenbezogene Daten Dritter:

Werden der Auftraggeberin personenbezogene Daten Dritter (z.B. von Mitarbeitern des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin) als Betroffene übermittelt, so ist der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Verpflichtungen diesbezüglich eigenständig verantwortlich. Auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben ist hinzuweisen und der qualifizierte Datenschutzhinweis der Auftraggeberin ist den Betroffenen bekannt zu machen.

13. Form der Angebotsabgabe

Durch die elektronische Angebotsabgabe ist das Textformerfordernis gemäß § 126 b BGB erfüllt. Die Angebotsabgabe auf herkömmlichem vollständig schriftlichem Weg (Papierform) ist in diesem Verfahren nicht zugelassen.

Bei Rückfragen zur Bedienung der Software wenden Sie sich bitte an den Support der Firma Healy Hudson: Diesen erreichen Sie über die Schaltfläche/Funktion "Support aktivieren" in Ihrem Angebotsassistenten oder über die E-Mailadresse service-bieter@deutsche-evergabe.de. Die Angebotsunterlagen sind in der Eingabemaske im Bieterassistenten auszufüllen und bis zum Einreichungstermin über die Vergabepattform abzugeben. Die Angebotsfrist finden Sie unter Allgemeines > Termine. Um Angebote außerhalb des Vergabemanagementsystems elektronisch bearbeiten zu können, verwenden Sie bitte Ihre Kalkulationssoftware oder eines der im Internet kostenlos zur Verfügung gestellten AVA-Programme (z. B. unter www.heitker.de).

14. Kalkulation

Von den für die Beauftragung in Frage kommenden Bietern sind ausgefüllte Kalkulationsblätter 221 oder 222, nach ihrer Kalkulationsmethode, sowie zusätzlich 223 vor der Auftragserteilung zu übermitteln. Im Formblatt 223 sind alle Positionen des Leistungsverzeichnisses aufzugliedern. Bis zu einer Angebotssumme von 50.000 € behält sich der Auftraggeber vor, nur ausgewählte Positionen im Formblatt 223 aufgliedern zu lassen. Die Nachforderung der Aufgliederung der Leistungen des/der Nachunternehmer(s) wird vorbehalten.

15a. Nachprüfungsstelle für nationale Verfahren nach VOB/A

Regierung von Mittelfranken

VOB-Stelle

Promenade 27, 91522 Ansbach

15b. Nachprüfungsbehörde für EU-weite Verfahren nach VOB/A

Vergabekammer Nordbayern

bei der Regierung von Mittelfranken

Promenade 27, 91522 Ansbach

16. Wichtige Bieterhinweise

Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass Änderungen der Ausschreibungsunterlagen zwingend zum Angebotsausschluss führen, auch wenn diese unabsichtlich oder unbewusst erfolgen.

Zu einer Änderung der Ausschreibungsunterlagen kann es beispielsweise durch Angebotserläuterungen, welche der Leistungsbeschreibung oder den Vertragsbedingungen widersprechen, kommen, ebenso durch Textergänzungen oder Eintragungen in die Vergabeunterlagen.

Eigene Vertragsbedingungen des Bieters (insbesondere Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen, unabhängig davon ob es sich um vorformulierte Geschäftsbedingungen oder Individualklauseln handelt) werden in keinem Fall Vertragsbestandteil. Darunter fallen beispielsweise auch Hinweise zum Zahlungsziel, zum Gerichtsstand oder die Erklärung von Eigentumsvorbehalten. Werden dennoch eigene Vertragsbedingungen mit dem Angebot eingereicht, wird die Auftraggeberin im Rahmen des rechtlich Zulässigen aufklären, ob es sich bei der Beifügung um ein Missverständnis oder ein Versehen handelt und inwieweit der Bieter an seinen Vertragsbedingungen festhalten will. Sieht der Bieter von seinen eigenen Vertragsbedingungen ab und erklärt, dass er an diesen nicht festhält und verbleibt nach deren Streichung ein dem maßgeblichen Inhalt der Vergabeunterlagen vollständig entsprechendes Angebot, erfolgt kein Ausschluss des Angebotes. Will der Bieter hingegen von seinen Vertragsbedingungen keinen Abstand nehmen, liegt eine gewollte Änderung der Vergabeunterlagen vor, die zum Angebotsausschluss führt.

Des weiteren können Angebote nicht gewertet werden, die nicht rechtzeitig vor dem Ende der Angebotsfrist im System eingestellt sind.

Geänderte Leistungen können nur im Rahmen von Nebenangeboten abgegeben werden, wenn diese ausdrücklich zugelassen sind. Um gewertet zu werden, müssen Nebenangebote als solche gekennzeichnet sein. Nebenangebote müssen gleichwertig zur ausgeschriebenen Leistung sein.

Die nachträgliche Änderung eines Angebots ist nicht möglich. Dies betrifft nicht nur die Angebotspreise, sondern z.B. auch Fabrikate, die Bauzeit oder den Umfang der Eigenleistung.

BEWERBUNGSBEDINGUNGEN

Hinweis

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen", VOB Teil A, „Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen“, DIN 1960 - Ausgabe 2019, Abschnitt 1.

1.1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters/Bewerbers Unklarheiten oder Widersprüche, so hat er unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

1.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bieter/Bewerbern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung von Wettbewerbsverzerrungen hat der Bieter/Bewerber auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist. Dies gilt insbesondere für Bietergemeinschaften.

1.3 Angebot

1.3.1 Das Angebot ist in all seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

1.3.2 Angebote/Anträge in Schriftform dürfen nur abgegeben werden, wenn dies in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen ausdrücklich zugelassen ist. Bei schriftlicher Angebotsübermittlung ist das Angebot an der dafür vorgesehenen Stelle zu unterschreiben; für das Angebot sind die Vordrucke der Vergabestelle zu verwenden. Eine selbstgefertigte Kopie oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zugelassen. Die von der Vergabestelle verfassten Verdingungsunterlagen sind allein verbindlich, auch bei Abweichungen in Bezug auf den Text oder die Mengenangaben, zwischen der vom Bieter/Bewerber ausgedruckten Fassung und den Vergabeunterlagen der Vergabestelle.

1.3.3 Bei elektronischer Angebots-/Antragsübermittlung in Textform ist der Bieter/Bewerber und die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen. Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabepattform der Vergabestelle zu übermitteln. Angebote in Textform dürfen nur abgegeben werden, wenn dies in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen ausdrücklich zugelassen ist.

1.3.4 Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind in Euro (Bruchteile in vollen Cent) ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebots hinzuzufügen. Die Berechtigung zur Verrechnung ermäßigter Steuersätze ist mit dem Angebot nachzuweisen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden
- an der dafür vorgesehenen Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe (z.B. Skonti) bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

1.3.5 Die Auftraggeberin legt gem. § 16a Abs. 3 VOB/A fest, dass Preisangaben nicht nachgefordert werden.

1.3.6 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe im Zuge der Angebotsaufklärung gemäß § 15 VOB/A verlangt werden oder deren Vorlage gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 4 VOB/A vorbehalten ist, sind zu dem vom Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

1.3.7 Soweit keine individuelle Frist gem. Ziff. 1.3.6 festgelegt ist, sind als Frist für die Vorlage von nachgeforderten Unterlagen gem. § 16a Abs. 4 VOB/A grundsätzlich sechs Kalendertage vorgesehen.

1.4. Datenschutz

1.4.1 Die von den Bieter/Bewerbern erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Die Angaben erfolgen freiwillig und sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebotes.

- 1.4.2 Ein qualifizierter Datenschutzhinweis im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen ist Bestandteil der Vergabeunterlagen.
- 1.4.3. Werden der Auftraggeberin personenbezogene Daten Dritter (z.B. von Mitarbeitern des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin) als Betroffene übermittelt, so ist der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Verpflichtungen diesbezüglich eigenständig verantwortlich. Auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben ist hinzuweisen und der qualifizierte Datenschutzhinweis der Auftraggeberin ist den Betroffenen bekannt zu machen.

1.5 Urkalkulation

Der Bieter/Bewerber, der den Zuschlag erhalten soll, hat auf Verlangen der Vergabestelle die Urkalkulation zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt vorzulegen. Dies gilt u. U. auch für die Urkalkulation seiner Nachunternehmer. Die Nichtvorlage kann dazu führen, dass das Angebot ausgeschlossen wird.

1.6 Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- in der festgelegt ist, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- in der festgelegt ist, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

1.7 Nebenangebote

- 1.7.1 Soweit Nebenangebote zugelassen sind, müssen sie die geforderten Mindestanforderungen erfüllen. Sie müssen als solche gekennzeichnet sein, ihre Anzahl ist an der im dafür vorgesehenen Stelle aufzuführen.
- 1.7.2 Nebenangebote müssen qualitativ und quantitativ die durch die Leistungsbeschreibung vorgegebenen Mindestkriterien erfüllen. Sie müssen damit mindestens
- die funktionalen Anforderungen und
 - die wirtschaftlichen Kriterien der ausgeschriebenen Lösung erfüllen, insbesondere Gebrauchstauglichkeit, Folgekosten, Lebensdauer.
 - Die Gleichwertigkeit ist mit dem Nebenangebot nachzuweisen.
- 1.7.3 Der Bieter/Bewerber hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.
Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Bauleistung erforderlich sind.
Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Verdingungsunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.
- 1.7.4 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 1.7.5 Nebenangebote, die den Nummern 1.7.1 bis 1.7.4 nicht entsprechen, können nicht gewertet werden.

1.8 Eignungsnachweis

Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,00 € netto für den Bieter/Bewerber, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Eigenerklärung zur Eignung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister (§ 150a Gewerbeordnung) beim Bundeszentralregister anfordern.

Ein Bieter/Bewerber, der seinen Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland hat, hat vergleichbare Bescheinigungen der für ihn zuständigen Behörden oder Institutionen vorzulegen. Darüberhinaus ist – soweit zutreffend – die Qualifikation des zu benennenden Verantwortlichen für die Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen gemäß dem "Merkblatt über

Rahmenbedingungen für erforderliche Fachkenntnisse zur Verkehrssicherung von Arbeitsstellen an Straßen (MVAS)" ist auf Verlangen nachzuweisen. Bei ausländischen Bietern wird ein gleichwertiger Qualifikationsnachweis verlangt.

2. Einsicht in die Niederschrift des Eröffnungstermins

Die Einsicht in die Niederschrift über den Eröffnungstermin kann nach den Voraussetzungen des § 14a Abs. 7 VOB/A erfolgen.

Zusätzliche Vertragsbedingungen

1. Preisermittlungen

- 1.1 Der Auftragnehmer hat auf Verlangen die Preisermittlung für die vertragliche Leistung dem Auftraggeber verschlossen zur Aufbewahrung zu übergeben.
- 1.2 Sind nach § 2 Abs. 3, 5, 6, 7 und/oder 8 Nr. 2 VOB/B Preise zu vereinbaren, hat der Auftragnehmer seine Preisermittlungen für diese Preise und für die vertragliche Leistung einschließlich der Aufgliederung der Einheitspreise spätestens mit dem Nachtragsangebot vorzulegen sowie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
Der Auftragnehmer trägt die Darlegungs- und Beweislast für die von ihm beanspruchte geänderte bzw. zusätzliche Vergütung. Es ist von ihm daher zu belegen, welche Mehr- und Minderkosten entstanden sind bzw. dass die Zusatzvergütung der Höhe nach aus der Kalkulation des Hauptvertrages abgeleitet ist. Dies umfasst erforderlichenfalls auch die Vorlage von Angeboten oder Rechnungen, welche der Kalkulation des hauptvertraglichen Preises und/oder des Nachtragspreises zugrunde liegen.
- 1.3 Die Nummern 1.1 und 1.2 gelten auch für Nachunternehmerleistungen.

2. Bautagesberichte

Der Auftragnehmer hat Bautagesberichte zu führen und dem Auftraggeber täglich zu übergeben. Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies können je nach Art der Leistung insbesondere sein:

- Wetter, Temperaturen,
- Zahl und Art der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte,
- Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte sowie deren Zu- und Abgang,
- Anlieferung von Hauptbaustoffen und Bauteilen nach Zeit, Menge und Lieferanten,
- Art, Umfang und Ort der geleisteten Arbeiten mit den wesentlichen Angaben über den Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfanges, Betonierungszeiten und dergleichen),
- Behinderung und Unterbrechung der Ausführung,
- Arbeitseinstellung mit Angabe der Gründe,
- Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse.
- Gründe von Abweichungen oder für die Änderung von bisher vorgesehenen Leistungen oder Zusätze dazu
- Etwaige Aufmaßvorgänge
- Anwesenheiten oder Abwesenheiten von Aufsichtspersonal (einschließlich Architekten und Ingenieure) sowie deren Weisungen

3. Werbung

Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

4. Kündigung aus wichtigem Grund

Unbeschadet sonstiger Kündigungsrechte ist der Auftraggeber gemäß § 648 a BGB berechtigt, den Vertrag fristlos aus wichtigem Grund zu kündigen. Ein wichtiger Grund kann z.B. vorliegen, wenn der Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers gleich. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden. In diesen Fällen gelten § 8 Abs. 3, 5, 6 und 7 VOB/B entsprechend.

5. Wettbewerbsbeschränkungen

- 5.1 Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er einen pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 v.H. der Bruttoauftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere solche aus § 8 Abs. 4 VOB/B, bleiben unberührt.
- 5.2 Als unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen i.S.d. Ziffer 5.1 gelten insbesondere Verabredungen und Verhandlungen mit anderen Bietern über:
- die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten,
 - die zu fordernden Preise,
 - Bindungen sonstiger Entgelte,
 - Gewinnaufschläge,
 - Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile,
 - Zahlungs-, Lieferungs- und andere Vertragsbedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen,
 - Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen,
 - Gewinnbeteiligungen oder andere Aufgaben, sowie Empfehlungen, es sei denn, dass sie nach § 24 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zulässig sind. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind.

6. Abrechnung

- 6.1 Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße, die zur Prüfung einer Rechnung nötig sind, unmittelbar zu sehen sein.
- 6.2 Die Originale der Aufmaßblätter, Wiegescheine und ähnlicher Abrechnungsbelege erhält der Auftraggeber, die Durchschriften der Auftragnehmer.
- 6.3 Bei Aufmaß und Abrechnung sind Längen und Flächen auf zwei Stellen nach dem Komma, Rauminhalte und Gewichte auf drei Stellen nach dem Komma zu runden. Geldbeträge sind auf zwei Stellen nach dem Komma zu runden.

7. Preisnachlässe

Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein als v.H.-Satz angebotener Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen, auch von denen der Nachträge, deren Preise auf der Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind. Änderungssätze bei vereinbarter Lohngleitklausel werden durch den Preisnachlass nicht verringert.

8. Bauabrechnung mit DV-Anlagen

Führt der Auftragnehmer die Abrechnung ganz oder teilweise mit DV-Anlagen aus (Leistungsberechnung), so gelten zusätzlich folgende Bedingungen:

- 8.1 Rechenverfahren/DV-Programme:
Die verwendeten DV-Programme müssen den in der „Sammlung der Regelungen für die elektronische Bauabrechnung (Sammlung REB)“ enthaltenen Allgemeinen Bedingungen (REB-Allg.) und Verfahrensbeschreibungen (REB-VB) entsprechen. Andere DV-Programme dürfen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers verwendet werden.
- 8.2 Vereinbarung:
Rechtzeitig vor Beginn der ersten Abrechnungsarbeiten (z.B. Aufmaße) sind, gegebenenfalls getrennt für einzelne Ordnungszahlen (Positionen), schriftlich zu vereinbaren:
- Art der Leistungserfassung (z.B. gemeinsame Aufmaße, gegebenenfalls Aufmaßtechnik, Entwurfsunterlagen),

- wenn eine Abrechnung nach Entwurfsunterlagen (Zeichnungen, Berechnungen) beabsichtigt ist; Festlegung, ob der Auftraggeber Unterlagen auf Datenträger zur Verfügung stellt,
- besondere geometrische Bedingungen (z.B. Profilabstände, Lage der Querprofile bei gekrümmter Achse, Behandlung von Böschungsausrundungen),
- Festlegung der Berechnungsabschnitte,
- Herkunft der Eingabedaten für die Messwertaufbereitung, für die Berechnung von Profilbegrenzungen und für die Mengenberechnung,
- Festlegung der zugrunde zulegenden REB-VB,
- wenn dem Auftraggeber die Eingabedaten auf Datenträger zu übergeben sind: DV-spezifische Einzelheiten zu den Datenträgern,
- gegebenenfalls Eingabe-Kapazitätsgrenzen, die je Rechenlauf bei der Leistungsberechnung einzuhalten sind.

8.3 Datenträger:
Sind dem Auftraggeber Eingabedaten auf Datenträgern zu liefern, so sind diese erst nach Durchführung der Leistungsberechnung herzustellen und eindeutig zu kennzeichnen.

8.4 Berichtigung der Leistungsberechnung:
Werden bei Prüfung der Leistungsberechnung fehlerhafte Eingabedaten oder falsche Rechenergebnisse festgestellt, so ist die Leistungsberechnung vom Auftragnehmer im erforderlichen Umfang zu wiederholen.

9. Rechnungen

- 9.1 Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnung zu bezeichnen; die Abschlags- und Teilschlussrechnungen sind durchlaufend zu nummerieren.
- 9.2 In jeder Rechnung sind die Teilleistungen in der Reihenfolge, mit der Ordnungszahl (Position) und der Bezeichnung – gegebenenfalls abgekürzt – wie im Leistungsverzeichnis aufzuführen.
- 9.3 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) in Euro aufzustellen: der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung, gilt. Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.
- 9.4 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.
- 9.5 Die zum uneingeschränkten Vorsteuerabzug erforderlichen gesetzlichen Pflichtangaben nach § 14 Abs. 4 und § 14a UStG sind einzuhalten.
- 9.6 Die Rechnungen müssen neben den Rechnungspositionen und erläuternden Unterlagen wie Aufmaß, Pläne, Lieferscheine oder sonstige Nachweise und erläuternden Unterlagen Dritter folgende Angaben enthalten: Neben den gesetzlichen Vorgaben sind die LeitwegID, der Name der Dienststelle für welche die Leistung erbracht wurde einschließlich Ergänzungen wie Einrichtung, Abteilung, Sachgebiet, Sachbearbeitung, und Auftragsbezug (z.B. Bestellnummer, Lieferort, Leistungsort unter Angabe von Adresse und Gebäude, sofern mehrere Gebäude unter einer Anschrift zu finden sind) anzugeben. Diese Angaben werden vom Auftraggeber mit den ergänzenden Bedingungen zur Rechnungsstellung vorgegeben.

10. Stundenlohnarbeiten

Der Auftragnehmer hat für ausgeführte Stundenlohnarbeiten arbeitstäglich Stundenlohnzettel in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen außer den Angaben nach § 15 Abs. 3 VOB/B

- das Datum,
- die Bezeichnung der Baustelle,

- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes innerhalb der Baustelle,
- die Art der Leistung,
- die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
- die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwerissen und
- die Gerätekenngrößen

enthalten. Stundenlohnrechnungen müssen entsprechend den Stundenlohnzetteln aufgegliedert werden. Die Originale der Stundenlohnzettel behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

11. Rechtliche Verpflichtungen des Auftragnehmers als Arbeitgeber

Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung der Leistung alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 AEntG oder einer nach § 3a AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden, sowie gem. § 7 Abs. 1 AGG und § 3 Abs. 1 EntgTranspG Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu bezahlen. Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Verpflichtungen auf Verlangen durch die Vorlage prüffähiger Unterlagen nachzuweisen. Bei einem Einsatz von Nach- oder Subunternehmern sind diese durch den Auftragnehmer entsprechend zu verpflichten und haben die Einhaltung der Verpflichtungen in gleicher Weise auf Verlangen nachzuweisen.

Erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zur Erfüllung von Vertragsleistungen des Auftragnehmers eingesetzt sind, für tatsächlich geleistete Arbeit das ihnen nach den vorstehenden Bestimmungen zustehende Entgelt nicht, nicht vollständig oder nicht termingerecht, so hat der Auftragnehmer als sofort fällige Pflicht gegenüber dem Auftraggeber an alle betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die vorenthaltenen Entgelte zu zahlen. Der Auftragnehmer hat die erforderlichen Kosten für Dolmetscherdienste sowie für anwaltliche Betreuung der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erstatten und übliche Vorschüsse zu leisten. Bei begründetem Verdacht von Verstößen gegen die Mindestlohnpflichten hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber nachzuweisen, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den ihnen tariflich zustehenden Lohn auch tatsächlich erhalten haben; dies kann z.B. durch Testat eines Wirtschaftsprüfers erfolgen. Bis zum Nachweis der vollständigen Erfüllung der Mindestlohnpflichten ist der Auftraggeber berechtigt, fällige Zahlungen bis zu 5 % der Bruttoauftragssumme zurückzubehalten. Der Auftragnehmer wird darauf hingewiesen, dass sich die Stadt Nürnberg vorbehält, bei einem begründeten Verdacht von Verstößen gegen die genannten Verpflichtungen, die Zollbehörden hierüber in Kenntnis zu setzen.

12. Zahlungen

- 12.1 Alle Zahlungen werden bargeldlos im Überweisungsverkehr in Euro geleistet.
- 12.2 Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.
- 12.3 Für Abschlagszahlungen i.S.d. § 16 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 VOB/B für eigens angefertigte und bereitgestellte Bauteile sowie die auf der Baustelle angelieferten Stoffe und Bauteile, die noch nicht eingebaut sind, ist stets besondere Sicherheit durch selbstschuldnerische Bürgschaft für den Zahlungsbetrag incl. Mehrwertsteuer zu leisten (Abschlagszahlungsbürgschaft).
- 12.4 Für sonstige Vorauszahlungen i.S.d. § 16 Abs. 2 VOB/B ist stets besondere Sicherheit durch selbstschuldnerische Bürgschaft für den Zahlungsbetrag incl. Mehrwertsteuer zu leisten (Vorauszahlungsbürgschaft)

13. Überzahlungen

- 13.1 Im Falle einer Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 9 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen. Auf einen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs.3 BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.
- 13.2 Die Verjährungsfrist für diese Ansprüche des Auftraggebers beträgt acht Jahre, sie beginnt mit der Schlusszahlung.

14. Sicherheitsleistung

- 14.1 Soweit in den Besonderen Vertragsbedingungen keine abweichende Vereinbarung getroffen wurde und die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung und Mängelansprüche in Höhe von 5 Prozent der Bruttoauftragssumme (ohne Nachträge) zu leisten.

Bis zur Übergabe der Sicherheit für Mängelansprüche haftet die Sicherheit für Vertragserfüllung und Mängelansprüche auch für die Mängelansprüche des Auftraggebers nach der Abnahme der Leistungen des Auftragnehmers (kombinierte Vertragserfüllungs- und Mängelansprachesicherheit).

- 14.2 Nach Abnahme kann der Auftragnehmer verlangen, dass die Sicherheit für Mängelansprüche bis auf 3 Prozent der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme, inkl. Umsatzsteuer) zuzüglich der voraussichtlichen Aufwendungen für die Beseitigung festgestellter Mängel verringert oder die Bürgschaft ausgetauscht wird.
- 14.3 Eine nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche wird zurückgegeben, wenn die Verjährungsfristen für Mängelansprüche abgelaufen sind (§ 17 Abs.8 Nr.2 VOB/B). Soweit zu diesem Zeitpunkt die geltend gemachten Ansprüche noch nicht erfüllt sind, darf der Auftraggeber einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten.

15. Bürgschaften

- 15.1 Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweils einschlägige Formblatt des Auftraggebers zu verwenden oder die Bürgschaftserklärung muss den Formblättern des Auftraggebers entsprechen und zwar für

die Vertragserfüllung und Mängelansprüche	das Formblatt kombinierte „Vertragserfüllungs- und Mängelansprachebürgschaft“
die Mängelansprüche	das Formblatt „Mängelansprachebürgschaft“
vereinbarte Abschlagszahlungen gemäß § 16 Absatz 1 Nummer 1 Satz 3 VOB/B	das Formblatt „Abschlagszahlungsbürgschaften“
vereinbarte Vorauszahlungen gemäß § 16 Abs.2 Nr.1 S.1 VOB/B	das Formblatt „Vorauszahlungsbürgschaften“

- 15.2 Die Bürgschaftsurkunden müssen den Anforderungen des Auftraggebers entsprechen (§ 17 Abs.4 Satz 2 Halbsatz 2 VOB/B). Hierunter fallen ggf. folgende Erklärungen des Bürgen:

- "Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
- Auf die Einrede der Vorausklage gemäß § 771 BGB wird verzichtet.
- Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
- Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.
- Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus dem Bürgschaftsvertrag ist – soweit gesetzlich zulässig- Nürnberg.

- 15.3 Die Urkunde über die Abschlagszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Stoffe und Bauteile, für die Sicherheit geleistet worden ist, eingebaut sind.
- 15.4 Die Urkunde über die Vorauszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Vorauszahlung auf fällige Zahlungen angerechnet worden ist.

16. Verträge mit ausländischen Auftragnehmern

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

17. Gerichtsstand

Ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist – soweit gesetzlich zulässig – Nürnberg.

Besondere Vertragsbedingungen

Die §§-Angaben beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B).

Maßnahme: Reutersbrunnenstraße 34 - Vorabmaßnahmen Baumschutz

Gewerk:

1. Ausführungsfristen (§ 5)

Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (=Ausführungsfristen):

1.1 Mit der Ausführung ist zu beginnen am: 20.07.2026

1.2 Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen) am: 04.09.2031

Anmerkungen zur Bauzeit: Voraussichtlicher Maßnahmenbeginn nach Einweisung: Ende Juli 2026 Fertigstellung der Maßnahme bis: spätestens Anfang September 2026

1.3 Verbindliche Fristen (=Vertragsfristen) gemäß § 5 Abs.1 sind:

- vorstehende Frist für den Ausführungsbeginn: Nein
- vorstehende Frist für die Vollendung (abnahmereife Fertigstellung) der Leistung: Nein
- folgende Einzelfristen werden als Vertragsfrist vereinbart:

Leistung	Datum
Erstellen von Baumschutzzäunen	04.09.2026

1.4 ändern sich während der Vertragsdurchführung die Vertragsfristen durch Vereinbarung oder gemäß § 6 Abs. 2 VOB/B, treten diese neuen Fristen an die Stelle der ursprünglich vereinbarten Fristen.

2. Vertragsstrafen (§ 11)

Der Auftragnehmer hat als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:

2.1 bei schuldhafter Überschreitung der als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen:

0.2 Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer). Bezugsgröße der Vertragsstrafe ist der Teil dieser Auftragssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

2.2 bei schuldhafter Überschreitung der Frist für die Vollendung der Leistung:

0.3 Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer).

2.3 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5 Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt. Bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist die Vertragsstrafe auf den in Nr. 2.2 genannten Prozentsatz des Teils der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

2.4 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung als Vertragsfrist vereinbarter Einzelfristen werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

2.5 Die Vertragsstrafenvereinbarung gilt auch, wenn die Parteien neue Einzelfristen und/oder einen neuen Gesamtfertigstellungstermin vereinbaren. Sie bezieht sich dann auf die neu vereinbarten Termine. Dasselbe gilt entsprechend, wenn sich die Zwischentermine und/oder der Gesamtfertigstellungstermin gemäß § 6 Abs. 2 VOB/B verschieben.

2.6 Ein Schadensersatzanspruch wegen Nichterfüllung, nicht gehöriger Erfüllung oder Verzug wird auf eine verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

3. Zahlung (§ 16)

3.1 Aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale der Vereinbarung wird die Frist für die Schlusszahlung gemäß § 16 Abs. 3 Nr. 1 S.2 auf Tage verlängert.

3.2 Die Frist für den Eintritt des Verzuges gemäß § 16 Abs.5 Nr. 3 S.3 wird auf Tage verlängert.

4. Sicherheitsleistung (§ 17)

Bei Aufträgen über 250.000 Euro netto ist Sicherheit für die Vertragserfüllung sowie für Mängelansprüche zu leisten und zwar in Höhe von: **5 Prozent** der Bruttoauftragssumme (ohne Nachträge)

5. Mängelansprüche

Für folgende Leistungen, für die die Verjährungsfrist nach § 13 Abs. 4 Nr.1 nicht gelten soll, beträgt die Mängelanspruchsfrist für:

Leistung Mängelanspruchsfrist in Jahren

6. Weitere Besondere Vertragsbedingungen

Ergänzende Bedingungen zur Rechnungsstellung

Für den Rechnungseingang bei der Auftraggeberin stehen drei Wege zur Verfügung. Eine Zustellung über einen anderen Weg ist nicht zugelassen.

Für alle Rechnungsformate gilt:

Eine getrennte Übermittlung von Rechnung und sonstigen Anlagen auf unterschiedlichen Wegen kann nur in Einzelfällen erfolgen und muss mit der Auftraggeberin vor Rechnungslegung abgestimmt werden. Die Leitweg-ID und die Rechnungsnummer müssen bei allen Formen der Rechnungsübermittlung zwingend angegeben werden.

Zugangswege:

1. Per E-Mail (als X-Rechnung oder PDF) an folgende E-Mailadresse: soer@rechnung.nuernberg.de.
Ein Versand an andere E-Mailadressen der Stadt Nürnberg ist nicht zugelassen.
2. Per Dateiupload (als X-Rechnung und PDF) auf einem der unter www.lieferanteninfo.nuernberg.de genannten Portale.
Eine Zustellung über andere Datenaustauschwege ist nicht zugelassen.
3. Als Papierrechnung per Post an folgende Postanschrift:

Stadt Nürnberg
Stadt Nürnberg - Servicebetrieb Öffentlicher Raum
SÖR/1-G/3
Carlo Niklas
Leitweg-ID: 09564000-09564000-8501130-55
Postfach 90 02 15
90493 Nürnberg

Alle vorstehenden Angaben werden durch die Auftraggeberin vorgegeben. Es darf darüber hinaus kein Straßenname in der Rechnungsadresse stehen. Eine Zustellung über andere Anschriften der Stadt Nürnberg oder persönliche Übergabe an eine Vertreterin oder einen Vertreter der Stadt Nürnberg ist nicht zugelassen. Rechnungen können auf Grund von Größenbeschränkungen bei Postfächern der Deutschen Post AG nur bis zum Format Maxibrief zugestellt werden. Größere Versandformate werden grundsätzlich nicht angenommen. Die Übergabe größerer Formate kann nur ausnahmsweise in Einzelfällen erfolgen und muss mit der Auftraggeberin vor Rechnungslegung abgestimmt sein.

elektronisch übermittelte Rechnungen

Bei elektronisch übermittelten Rechnungen werden die Formate pdf und E-Rechnungen, die konform zur Europäischen Norm 16931 sind, entweder bevorzugt als aktuelle XRechnung oder alternativ als ZUGFeRD ab Version 2 (jeweils in der aktuell gültigen Version) angenommen. Andere Formate sind nicht zugelassen. Rechnungen im Format pdf müssen folgende Aktionen zulassen: Dokument ohne Kennwort ansehen, Text und Grafik aus Dokument kopieren, Dokument drucken, Kommentare hinzufügen oder ändern.

Jede E-Mail an den zentralen Rechnungseingang der Stadt Nürnberg muss genau einen Dateianhang (PDF-Rechnung oder E-Rechnung) enthalten. Dateien dürfen eine Größe von 15 MB nicht überschreiten. E-Mails ohne Dateianhang oder mit mehreren Dateianhängen werden automatisch abgewiesen. Rechnungsbegleitende Dokumente (zum Beispiel Leistungsnachweise, Arbeitsberichte etc.) müssen in die Rechnungsdatei integriert werden. Wichtig ist dabei, dass das Rechnungsbild am Anfang steht. Für jede Rechnung muss eine eigene E-Mail versendet werden. Mehrere Rechnungen in einer Datei sind nicht zulässig. Wichtige Informationen und Angaben gehören nicht in den E-Mail-Text, sondern in den Dateianhang. Bei der elektronischen Rechnungsbearbeitung werden nur die Dateianhänge bearbeitet, der Begleittext in der E-Mail wird nicht zur Kenntnis genommen. Die E-Mail mit der Rechnung darf nicht von einer "No-Reply"-Adresse versendet werden, da sonst Antwortmails, zum Beispiel Fehlermeldungen, nicht beim Absender der Rechnung ankommen.

ERGÄNZENDE ERKLÄRUNGEN ZUR ANGEBOTSABGABE

Ich/Wir biete/n die Ausführung der beschriebenen Leistungen zu den von mir/uns eingesetzten Preisen an. Bei den angebotenen Preisen handelt es sich um Festpreise.

Die nachfolgend aufgeführten Erklärungen gelten mit Angebotsabgabe als erteilt.

1. Vertragliche Grundlage

- 1.1 Meinem / Unserem Angebot liegen die im Angebotsassistenten (Workflowpunkte Vertragsbedingungen/ Formulare und Produkte/Leistungen) hinterlegten und aufgeführten Vertragsbedingungen, die Leistungsbeschreibung, die VOB/B und die VOB/C in der am Tage der Angebotseröffnung gültigen Fassung zu Grunde.
- 1.2 Die Rangfolge richtet sich nach § 1 VOB/B.

2. Erklärung zum Einsatz von Nachunternehmern

- 2.1 Für den angegebenen Umfang der Weitervergabe gilt die erforderliche Zustimmung des Auftraggebers mit Vertragsabschluss als erteilt. Mir/Uns ist bekannt, dass nach Vertragsabschluss mit dieser Zustimmung zur Übertragung von Leistungen an Nachunternehmer nur in begründeten Ausnahmefällen zu rechnen ist.
- 2.2 Mir/Uns ist bewusst, dass eine Nichtbeachtung dieser Erklärung meinen/unseren Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb haben kann.
- 2.3 Zum Umfang der Eigenausführung wird auf die Angabe zum Einsatz von Nachunternehmern verwiesen. Ich/wir werde(n) die Leistungen, die ich/wir nicht in der/den Nachunternehmerliste(n) angegeben habe(n), im eigenen Betrieb ausführen.

3. Einhaltung der tarifvertraglichen und sozialrechtlichen Bestimmungen

- 3.1 Mit Angebotsabgabe verpflichte(n) ich/wir mich/uns, im Fall der Auftragserteilung die in meinem/unserem Unternehmen beschäftigten tarifgebundenen Arbeitnehmer nicht unter den für mein/e Unternehmen geltenden Lohnтарifen zu entlohnen. Gleiches gilt für meine/unsere Verpflichtung aus Sozialkassentarifverträgen, die auf mein/unser Unternehmen anzuwenden sind.
- 3.2 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die Beiträge zu den Zweigen der sozialen Sicherheit zu zahlen, die nach dem auf die Beschäftigungsverhältnisse anzuwendenden Recht zu entrichten sind.
- 3.3 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, dem öffentlichen Auftraggeber zur Durchführung von Stichprobenkontrollen Einblick in die Lohnabrechnung zu geben. Das Einverständnis meiner/unserer von mir/uns eingesetzten Arbeitnehmer zu der Vorlage der Lohnabrechnungen und Überprüfung der vorgelegten Lohnabrechnungen werde(n) ich/wir einholen.
- 3.4 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Löhne und Gehälter auch ausländischer Beschäftigten mindestens monatlich über Gehaltskonten zu überweisen und vollständige, prüffähige, deutschsprachige Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse auf der Baustelle bereitzuhalten oder auf Wunsch des Auftraggebers im jeweiligen Büro des Auftraggebers vorzulegen.
- 3.5 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer eine gleichlautende Erklärung mir/uns gegenüber abgibt.
- 3.6 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, für jeden nachgewiesenen schuldhaften Fall der entgegen den obigen Verpflichtungen erfolgten Entlohnung eines in meinem/unseren Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmers oder der Nichtabführung von Sozialkassenbeiträgen an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % der Auftragssumme, maximal 25.000

Euro, bei mehreren Verstößen insgesamt höchstens 10 % der Auftragssumme, maximal 250.000 Euro, zu zahlen.

- 3.7 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer sich mir/uns gegenüber mit Wirkung zugunsten des Auftraggebers verpflichtet, für jeden nachgewiesenen schuldhaften Fall der entgegen den obigen Verpflichtungen erfolgten Entlohnung eines in meinem/unseren Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmers oder der Nichtabführung von Sozialkassenbeiträgen an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % der Auftragssumme, maximal 25.000 Euro, bei mehreren Verstößen insgesamt höchstens 10 % der Auftragssumme, maximal 250.000 Euro, zu zahlen. Die Vertragsstrafe wird nicht mehr verlangt, wenn wegen des zu Grunde liegenden Verstoßes straf- oder ordnungsrechtliche Maßnahmen gegen mich/uns ergriffen worden sind.

4. Wissentlich unvollständige oder falsche Erklärung

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich unvollständige oder falsche Erklärung im Vergabeverfahren meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.

5. Änderungen im Vergabeverfahren

Die mir/uns zugegangenen Änderungen im Vergabeverfahren sind Gegenstand meines/unseres Angebotes. An mein/unser Angebot halte ich mich/halten wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen

Datensicherheit

Die Sicherheit Ihrer Daten ist uns wichtig, deshalb werden alle Informationen über eine verschlüsselte Verbindung übertragen.

Verantwortlich für die Datenerhebung

Stadt Nürnberg

Rechtsamt Abteilung 3-VMN

Bauhof 9

90402 Nürnberg

Telefon: 09 11 / 2 31 – 4831

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:

Stadt Nürnberg

Behördlicher Datenschutz

Rathausplatz 2

90403 Nürnberg

Telefon: 09 11 / 2 31 – 51 15

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Durchführung von Vergabeverfahren, insb.:
 - Bereitstellen von Vergabeunterlagen
 - Beantwortung von Bieterfragen
 - Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
 - Abfrage und Überprüfung der Eignung
 - Erfüllen vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen
- Pflege einer Bieterkartei
- Dokumenten- und Vertragsmanagement
- Vertragsabwicklung
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchstaben b, c und e DSGVO sowie Art. 4 Absatz 1 BayDSG.

Weitergabe von Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO
- Bundeszollverwaltung zur Einholung von Auskünften betreffend Eignung/Vorliegen von Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- Sachbearbeiter der Stadt Nürnberg zur sachdienlichen Kommunikation
- Teilnehmer an Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung. Bei Übermittlung in Drittländer = Nicht-EU bitte mit der/dem Datenschutzbeauftragten Kontakt aufnehmen.

Speicherzeitraum

Ihre Daten werden bei der Stadt Nürnberg so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die genannten Zwecke erforderlich ist.

Bei europaweiten Ausschreibungen sind gem. § 8 Abs. 4 VgV für Liefer- und Dienstleistungen bzw. § 20 EU VOB/A i.V.m. § 8 Abs. 4 VgV für Bauleistungen die Vergabeunterlagen bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags/ der Rahmenvereinbarung aufzubewahren, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags.

Bei nationalen Ausschreibungen sind gem. § 6 UVgO für Liefer- und Dienstleistungen die Vergabeunterlagen mindestens für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags aufzubewahren.

Bei beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb für Bauleistungen deren Auftragswert 25.000 € ohne USt. bzw. bei Freihändigen Vergaben der Auftragswert 15.000 € ohne USt. übersteigt, sind die in § 20 Abs. 3 VOB/A genannten Informationen sechs Monate vorzuhalten, § 20 Abs. 3 Satz 2 VOB/A.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Nürnberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Erforderlichkeit der Datenangabe

Nach den oben genannten Rechtsgrundlagen sind die Daten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen erforderlich. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten kann das Vergabeverfahren möglicherweise nicht erfolgreich durchgeführt und/oder der Vertrag nicht abgeschlossen und abgewickelt werden.

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Aufnahme in eine Bieterkartei

Datensicherheit

Die Sicherheit Ihrer Daten ist uns wichtig, deshalb werden alle Informationen über eine verschlüsselte Verbindung übertragen.

Verantwortlich für die Datenerhebung

Stadt Nürnberg
Rechtsamt Abteilung 3-VMN
Bauhof 9
90402 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 4831

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:

Stadt Nürnberg
Behördlicher Datenschutz
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 51 15

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Pflege einer Bieterkartei
- Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
- Abfrage und Überprüfung der Eignung
- Berücksichtigung in Vergabeverfahren ohne Teilnahmewettbewerb
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Art. 6 Unterabsatz 1 Buchstabe b DSGVO.

Weitergabe von Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO
- Bundeszollverwaltung zur Einholung von Auskünften betreffend Eignung/Vorliegen von Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- Sachbearbeiter der Stadt Nürnberg zur sachdienlichen Kommunikation

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung. Bei Übermittlung in Drittländer = Nicht-EU bitte mit DSB Kontakt aufnehmen.

Speicherzeitraum

Ihre Daten werden bei der Stadt Nürnberg so lange gespeichert, bis Sie uns von dem Wunsch, aus der Bieterkartei entfernt zu werden, in Kenntnis setzen. Personenbezogene Daten in Unterlagen aus Anlass der Aufnahme in die Bieterkartei (z.B. im Rahmen der Eignungsprüfung) werden so

lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Nürnberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Erforderlichkeit der Datenangabe

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist für einen zukünftigen Vertragsschluss erforderlich. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten können Sie bei Vergabeverfahren ohne Teilnahmewettbewerb nicht berücksichtigt werden.

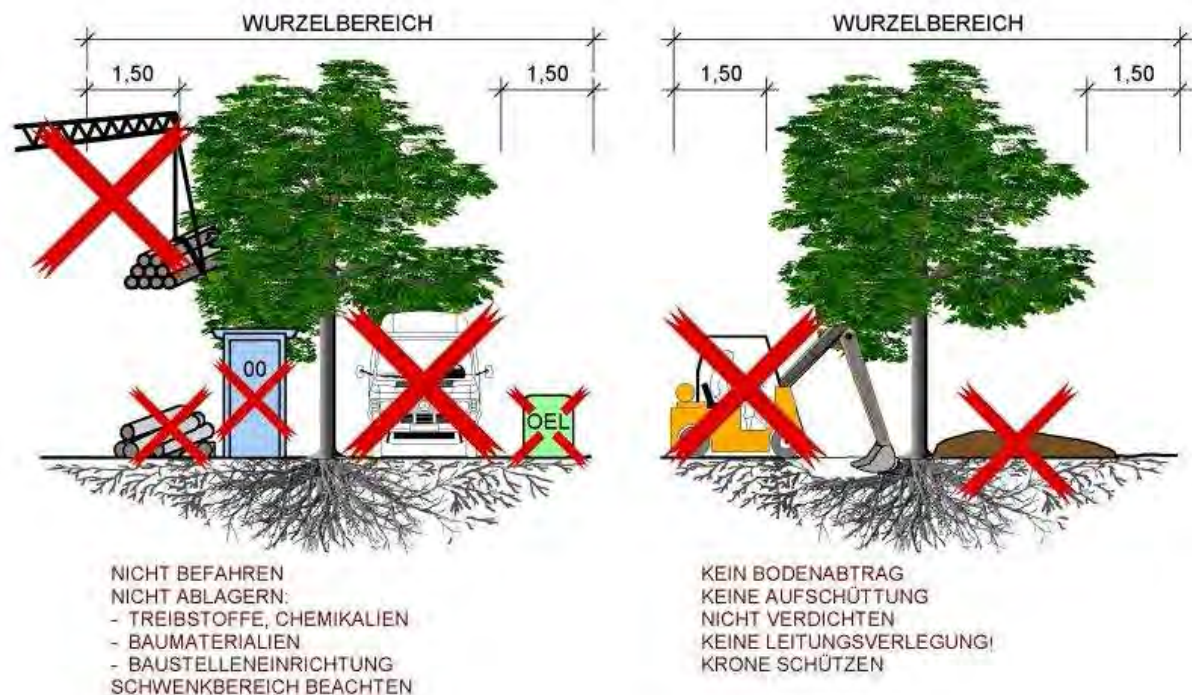
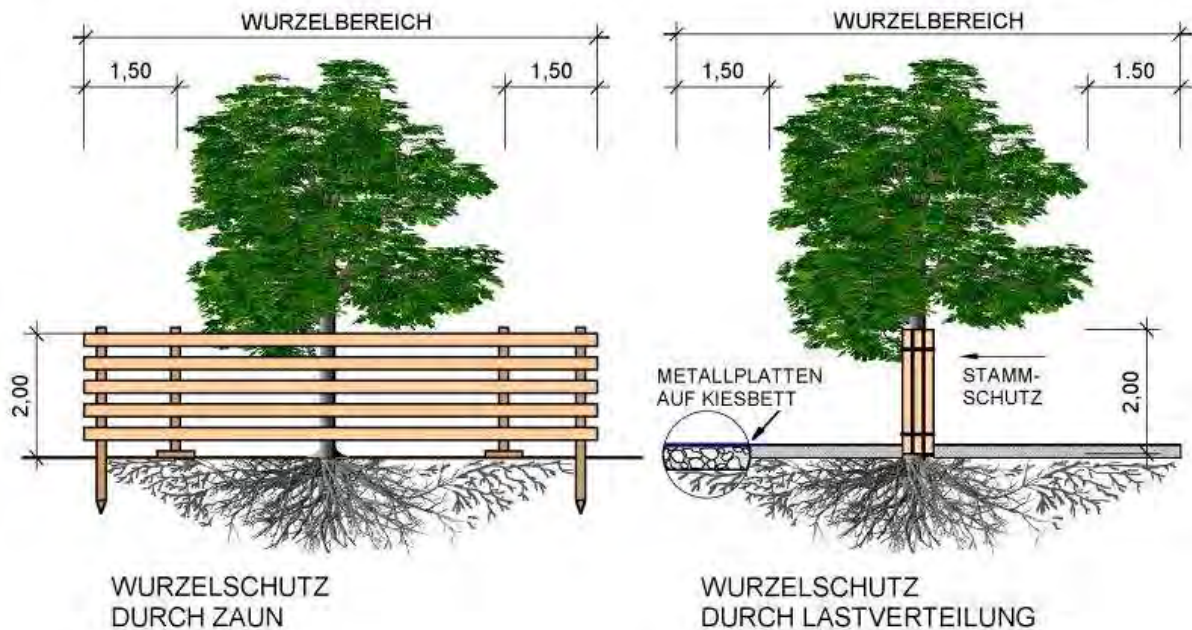
Widerrufsrecht bei Einwilligung

Sie können Ihre Einwilligung jederzeit für die Zukunft bei der verantwortlichen Dienststelle widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung bis zum Widerruf wird davon nicht beeinträchtigt.

Baumschutz auf Baustellen

AUTOR: ARBEITSKREIS STADTBÄUME, GARTENAMTSLEITERKONFERENZ IM DEUTSCHEN STÄDTETAG

NOVEMBER 2001



NICHT BEFAHREN
NICHT ABLAGERN:
- TREIBSTOFFE, CHEMIKALIEN
- BAUMATERIALIEN
- BAUSTELLENEINRICHTUNG
SCHWENKBEREICH BEACHTEN

WICHTIG:
DIN 18920
RAS -LP4
BAUMSCHUTZSATZUNG

KEIN BODENABTRAG
KEINE AUFSCHÜTTUNG
NICHT VERDICHTEN
KEINE LEITUNGSVERLEGUNG!
KRONE SCHÜTZEN

SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

Vertragliche Regelungen 1

1 BESCHREIBUNG DER BAUMASSNAHME

1.1 Projektbeschreibung

Die Stadt Nürnberg plant die Sanierung des Bestandsbaus sowie die Errichtung von zwei Neubauten auf dem Areal Reutersbrunnenstraße 34 westlich der Innenstadt - als Wohnort und Anlaufstelle für schutzbedürftige und hilfesuchende Kinder und Jugendliche.

Im Bereich der Baugruben Neubauten und der Zufahrten (Feuerwehr, Baustelle) müssen daher Bäume gefällt und Schutzmaßnahmen erstellt werden. Die Rodung der Bäume ist bereits im Frühjahr 2026 erfolgt.

Gegenstand der Ausschreibung:

276 m Baumschutzzäune
2 Tore, Breite ca. 1,20-1,50 m
130 m Schutzzäune, geschlossene Ausführung, mit Ballastierung
40 m Schutzzäune, geschlossene Ausführung, mit Pfosten
2 Tore, 1x Breite ca. 6m (Feuerwehzufahrt). 1x Breite ca. 1,20 m
250 m Bauzäune, ortsfest mit Verankerung

Abbruch, Abbbau und Versetzen von mehreren Ausstattungsgegenstände
ca. 18 m Teilabbruch Ballfangzaun
ca. 2,50 m Teilabbruch Zäune
1 Abbruch Tor, zweiflügelig
ca. 9,5 qm Teilabbruch Pflasterfläche Granit in Beton
Vorbereiten des Geländes für Aufbau Zaun mit Ständerung

1.2 Grundstück

Reuterbrunnenstraße 34
90429 Nürnberg
Gemarkung Kleinweidenmühle
Flurstücke 69, 69/1, 69/2, 69/3, 69/4, 69/5, 69/6, 69/7, 70/3

Das Gebiet liegt im Westen von Nürnberg innerhalb des Innenstadtrings. Flankiert wird das Grundstück von dem Fluss Pegnitz im Norden, dem Haus für Kinder bzw. Gebäude "ET" (Elterntraining) im Nordosten, der Willstraße im Südosten, der Reutersbrunnenstraße im Südwesten sowie dem Klettergarten "Wolfsgarten" im Nordwesten. Im Norden befindet sich der öffentliche Raum des Landschaftsschutzgebietes Pegnitztal West. Die Bearbeitungsfläche beträgt ca. 15.867m².

Das Baufeld weist einen großen Höhenunterschied auf und liegt am tiefsten Punkt bei 300.01m ü.NN. sowie an der höchsten Stelle bei 304,75m ü.NN.

Im Südwesten des Grundstücks erstreckt sich das Bestandsgebäude entlang der Reutersbrunnenstraße. Es besteht aus dem historischen Kopfbau von 1900 im Nordwesten und dem langen Hauptbau, welcher nach der Kriegszerstörung in den 1950er Jahren errichtet wurde. Vom südöstlichen Ende des Gebäudes verspringt der Ostflügel ins Grundstücksinnere. Während Kopf- und Hauptbau saniert werden, wird der Ostflügel im Rahmen der Baumaßnahme abgerissen. Im Gartenbereich sind verschiedene Nebengebäude zu finden, neben Garagen und Gartenhäusern auch Treibhäuser der bis 2024 hier betriebenen NOA-Gärtnerei. Alle Nebengebäude werden im Rahmen der Hochbauarbeiten rückgebaut. Als bauliche Anlagen der Freianlagen sind verschiedene Belagsflächen sowie Einbauten wie Spielgeräte und Möblierung zu verzeichnen. Die Belagsflächen werden rückgebaut, die Spielgeräte bleiben teilweise erhalten, der Multifunktionsplatz wird in leicht verkleinerter Form neu erstellt.

Das Grundstück ist intensiv durchgrünt mit einer Vielzahl von Rasenflächen sowie Gehölzen und Bäumen mit Lebensraumstrukturen für die städtische Insekten-, Säugetier- und Avifauna (lt. saP, faunistisches Baumgutachten). Zahlreiche Einzelbäume, Hecken und Kleingebüsche sowie eine Hainbuchen-Baumreihe um den Sportplatz strukturieren das Gelände und ergeben verschiedenste mikroklimatische Nischen. Im südöstlichen Bereich befinden sich randlich kleine Steinmauern in Böschungen oder als Einfassungen sowie sandige Gruben als Teil des Spielplatzes. Bei der Gärtnerei wurden Äcker und Beete für den Gemüsebau genutzt.

Auf dem Gelände befinden sich fünf Laubbäume, die geschützte Stadt-Biotope darstellen. Im Rahmen einer Biotopkartierung wurden vor allem

artenreiche Lebensräume erfasst, um diese zu erhalten. Zudem wurden in einer bereits erfolgten Relevanzprüfung potenzielle und auch nachgewiesene Vorkommen von Tierarten gelistet (gem. Relevanzprüfung BV Reutersbrunnenstraße, 10.05.2022). Eine saP (spezielle artenschutzrechtliche Prüfung) wurde bereits erstellt. Mit Ausnahmen von Fledermausbeständen in der nahen Pegnitztaue wurden keine Vorkommen von besonders schützenswerten Arten nachgewiesen.

Die o.g. Unterlagen können bei Bedarf nach Beauftragung angefordert werden.

Aufgrund der intensiven Durchgrünung und Nutzung der Flächen stehen nur begrenzt Lagerflächen in Absprache mit der Bauleitung zur Verfügung.

1.3 Kampfmittel

Die Baumaßnahme liegt in einem Gebiet, das während des zweiten Weltkrieges bombardiert wurde. Auf einer Luftbildauswertung des Planungsgebietes wurden Bombenkrater festgestellt. In weiten Bereichen konnte keine Kampfmittelfreigabe erteilt werden. Für diese Bereiche muss bei jeglichem Eingriff in den Boden eine kampfmitteltechnische Begleitung vor Ort sein. Dies gilt auch für sämtliche durchwurzelter Bereiche, welche nicht sondiert werden konnten. In Bereichen, in denen "gefährliche Kampfstoffe" ausgeschlossen sind, müssen die ausführenden Firmen durch eine Kampfmittelfachperson eine Sicherheitsunterweisung erhalten.

Für die Kampfmittel- Baubegleitung ist vom Hochbauamt bereits eine Fachfirma beauftragt. Die Einsätze sind rechtzeitig und selbstständig zu koordinieren.

Die entsprechenden Kontaktdaten werden nach Auftragsvergabe bekannt gegeben.
Der Mehraufwand wird nicht gesondert vergütet und ist in dem Angebot mit einzukalkulieren.

Vertragliche Regelungen 2

2 ALLGEMEINE ANGABEN ZUR BAUSTELLE

2.1 Umlagen / Nutzungskonditionen

Baustrom und Bauwasser werden gestellt, die anfallenden Kosten für Bauwasser und Baustrom übernimmt der AG.
Der Zugang erfolgt in Absprache mit der örtlichen Bauleitung und dem Hausmeister der Reutersbrunnenstraße.

Ansprechpartner:
Wird nach Auftragsvergabe bekannt gegeben.

2.2 Öffentliche Erschließung / Verkehrssicherung

Das Grundstück ist derzeit ausschließlich von der Reutersbrunnenstraße aus zugänglich.

Die Erschließung des Geländes erfolgt zum einen über die bestehende Feuerwehrezufahrt, die unter anderem auch als fußläufige Verbindung zum Familienzentrum (Kiga und Hort) Reutersbrunnenstraße 40 und als Zufahrt für die PKW-Stellplätze genutzt wird.

Zum anderen gibt es eine Zufahrt über ein Tor zum westlichen Gelände, das bisher von der NOA Gärtnerei genutzt wurde. Dieses Tor ist im Normalfall geschlossen und muss vom Hausmeister der Reutersbrunnenstraße 34 geöffnet werden. Spätestens nach Verlassen der Baustelle ist dieses Tor wie gegebenenfalls alle anderen täglich wieder zu schließen.

Ansprechpartner:
Wird nach Auftragsvergabe bekannt gegeben.

Verkehrsbeschränkungen

Die Schutzbedürftigkeit der Bewohner und Nutzer der benachbarten Bestandsgebäude ist durch den Baubetrieb in besonderer Weise zu berücksichtigen. In den Zu- und Abfahrten auf der Baustelle ist auf den Fußgängerverkehr besonders zu achten. Auch auf Anwohner ist entsprechend Rücksicht zu nehmen.

Durch die in der Nähe liegenden Schulen werden Reutersbrunnenstraße und Willstraße als Schulweg genutzt. Des Weiteren wird während der Bauausführung die Nutzung des Bestandsgebäudes aufrecht erhalten. Hieraus resultierend ist mit erhöhter Aufmerksamkeit bei der Baustellenein- und -ausfahrt zu agieren.

Liefer- und Abtransport sind so zu terminieren, dass diese nicht mit dem fließenden Stadtverkehr und den Schulanfangs- und -endzeiten kollidieren. Wartende LKW sind im Umfeld der Baustelle nicht zulässig. An der Ausfahrt ist bei An- und Abtransport stets ein Sicherheitsposten (Einweiser) zu platzieren, der die gefahrlose Ein- und Ausfahrt von LKW zur Baustelle regelt.

Der direkte Ein- und Ausfahrtsbereich der Baustelle ist aufgrund von Baumbestand und Bestandsgebäude sehr beengt. Darüber hinaus ist die Baustelle nur über einen Böschungsbereich (aktuelle Feuerwehrezufahrt) zu erreichen. Der Einsatz von großen Fahrzeugen wie z.B. Hubsteiger ist demnach eingeschränkt.

Feuerwehrezufahrt und Baustellenzufahrt sind identisch.
Somit ist über die gesamte Bauzeit ein besonderer Augenmerk auf die stete Freihaltung der Zufahrt zu richten.

Bei der Überfahrt von öffentlichen Gehwegen mit Fahrzeugen > 7,5t sind die betroffenen Flächen mit lastverteilenden Bodenplatten gegen Schädigungen zu sichern.

Diese Beschränkungen sind einzukalkulierende Nebenleistungen.

2.3 Vorhandene Kabel, Leitungen, Anlagen

Vor Beginn der Arbeiten hat sich der AN über den Verlauf von Anlagen, Kabeln und Leitungen (sowohl unter- als auch oberirdisch) sowie deren Schutz zu informieren.

Bei allen Arbeiten, mit oder ohne Geräteeinsatz, sind im Bereich der Leitungstrassen grundsätzlich die einschlägigen Vorschriften der BayBO und der Berufsgenossenschaften, der VDE sowie die Merkblätter und Hinweise des örtlichen Energieversorgers einzuhalten. Schäden an Ver- und Entsorgungsleitungen sowie daraus entstehende Folgekosten gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

2.4 Verkehrslastbeschränkungen

Überfahrten von vorhandenen Anlagen, Kabeln und Leitungen mit LKW und dergleichen sind nur auf asphaltierten Baustraßen und/oder nach Freigabe der örtlichen Bauleitung erlaubt.

2.5 Vermeidung, Verwertung, Beseitigung von Abfällen

Für die Vermeidung und Bewirtschaftung von Abfällen gilt das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) vom 24.02.2012 in der jeweils aktuellsten Ausgabe.

Abfälle im Sinne des KrWG, die aus dem Leistungsbereich des AN hervorgehen, sind vom AN bei zertifizierten Entsorgungsfachbetrieben zu entledigen und durch diese entsprechend fach-, sach- und umweltgerecht zu verwerten oder zu beseitigen.

Die Abrechnung der Entsorgung erfolgt über Wiegescheine. Diese sind unmittelbar bis spätestens am Tag nach der Abfuhr der Bauleitung vorzulegen.

Der Nachweis der Entsorgungsstelle und der Bezahlung der Deponiegebühren sind der Schlussrechnung beizufügen.

Aufgrund der intensiven Durchgrünung und Nutzung der Flächen stehen nur begrenzt Lagerflächen in Absprache mit der Bauleitung zur Verfügung.

2.6 Reinigung

Die Baustelle ist täglich und nach Fertigstellung einzelner Bauabschnitte zu reinigen, inkl. Reinigung bei Fertigstellung einzelner Arbeitsabschnitte.

2.7 Kulturhistorische Funde

Werden vom Auftragnehmer Funde gemacht, die von kulturhistorischer Bedeutung sein könnten, ist sofort der Auftraggeber oder dessen örtlicher Bauleiter zu informieren.

2.8 Daten und Auskünfte über die Baumaßnahme

Daten und Auskünfte über die Baumaßnahme darf der Auftragnehmer Dritten nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers weitergeben. Dies gilt auch nach Abschluss der Bauarbeiten für die Erteilung von Referenzen oder der geplanten Veröffentlichung in Firmenbroschüren, Internetauftritten etc.

Vertragliche Regelungen 3

3 ANGABEN ZUR BAUABLAUFORGANISATION

3.1 Terminplan

Der AN hat einen Baufristenplan über seine vertraglichen Leistungen zu erstellen, anhand dessen die Einhaltung der Vertragsfristen nachgewiesen und überwacht werden kann. Voraussichtlicher Beginn der Vorabmaßnahmen Ende Juli 2026. Die Leistungen müssen zwingend bis Anfang September 2026 erbracht worden sein.

Zwischentermine sind entsprechend dem Bauablauf fortzuschreiben. Der Endtermin bleibt hiervon unberührt.

Die Festlegungen des AG, z. B. zur baufachlichen oder terminlichen Koordinierung mit den übrigen Leistungsbereichen, sind zu berücksichtigen. Bei erheblichen Abweichungen von sonstigen

Festlegungen ist der Plan durch den AN unverzüglich zu überarbeiten.

3.2 Bauleiter Auftragnehmer / Baustellenbesetzung

Der vom AN beauftragte Bauleiter und ggf. sein Vertreter sind dem AG vor Ausführung bekannt zu geben. Der Nachweis über die Fachkunde des Bauleiters ist dem AG vorzulegen. Der Bauleiter muss der deutschen Sprache mächtig sein. Er muss auch außerhalb der Arbeitszeit erreichbar sein, wenn dies gefordert wird.

Ein Wechsel des Firmenbauleiters ist dem AG bzw. der örtlichen Bauüberwachung unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

Der AN ist verpflichtet, die Baustelle werktags zu den üblichen Arbeitszeiten ohne Unterbrechung bis zum Abschluss der Maßnahme mit ausreichend Personal zu besetzen, um die vertraglich vereinbarten Leistungen termingerecht zu erbringen.

3.3 Baubesprechungen

Vor Beginn der Arbeiten erfolgt vor Ort ein Startgespräch mit den Projektbeteiligten zur Einweisung der Arbeiten. Weitere Besprechungen finden nach Absprache und Bedarf statt

Ansprechpartner:

Wird nach Auftragsvergabe bekannt gegeben.

3.4 Arbeitszeiten / Baustellenbesetzung / Alkoholverbot

Die Arbeitszeiten müssen den gültigen Bestimmungen entsprechen. Arbeiten auf der Baustelle sind zugelassen montags bis freitags im Zeitraum zwischen 7:00 und 20:00 Uhr sowie samstags im Zeitraum zwischen 7:00 und 15:00 Uhr.

Ausnahmen sind mit dem Bauherrn und mit den zuständigen Behörden eigenverantwortlich abzustimmen.

Es besteht ein generelles Alkohol-, Drogen- und Rauchverbot für alle am Bau Beteiligten.

Bei Zuwiderhandlung wird ein Baustellenverbot ausgesprochen.

3.5 Umweltschutz während der Bauzeit

Der AN hat die Arbeiten so auszuführen, dass eine Beeinträchtigung der Umwelt ausgeschlossen ist.

Verwiesen wird hier exemplarisch auf die Bereiche Lärmschutz und Grundwasserschutz.

Der Auftragnehmer hat zum Schutz der Umwelt, Landschaft und Gewässer die durch die Arbeiten verursachten Beeinträchtigungen auf das unvermeidliche Mindestmaß zu beschränken.

Der Erhalt von Bäumen, Sträuchern und Pflanzbeständen in den nicht unmittelbar vom Baugeschehen in Anspruch genommenen Flächen ist zu gewährleisten bzw. gemäß den gesetzlichen Vorschriften sicher zu stellen.

Zum Schutz des Grundwassers sind etwaige Öl- oder Treibstofflager nach den gültigen Vorschriften herzurichten und der örtlichen Aufsichtsbehörde anzuzeigen und von ihr genehmigen zu lassen. Die Betankung von Baumaschinen und deren Wartung hat so zu erfolgen, dass Grundwasserverunreinigungen zuverlässig zu vermeiden sind. Ein Auslaufen von wasserschädlichen Flüssigkeiten (auch in geringen Mengen) ist dem Auftraggeber bzw. der örtlichen Bauleitung unverzüglich zu melden.

Es dürfen nur ausgewiesene oder abgestimmte Flächen für die Baustelleneinrichtung genutzt werden.

Der Auftragnehmer hat behördliche Anordnungen oder Ansprüche Dritter dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

3.6 Baubetriebliche Emissionen

Es sind die gesetzlichen Bestimmungen gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und AVV Baulärm zu beachten. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, baubetrieblich bedingte Belästigungen und Beeinträchtigungen (insbesondere durch Lärm, Staub und Schmutz) der Anwohner und Nutzer der anliegenden Straßen und Grundstücke auf ein technisch mögliches Minimum zu reduzieren. Der Einsatz der Maschinen und Geräte muss den Bestimmungen der 32. BImSchV (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung) entsprechen.

Dies wird insbesondere durch den Einsatz lärmarmer Baumaschinen und einen verträglichen Einsatz relevanter Maschinen (Zeitplanung des Einsatzes) berücksichtigt. Alle gesetzlich vorgeschriebenen Schutzvorkehrungen gegen Lärm sind vom Auftragnehmer vorzusehen und in den Leistungspositionen einzurechnen.

Als Tageszeit gilt die Zeit von 7:00 bis 20:00 Uhr. Nur in dieser Zeit sind lärmintensive Bauarbeiten überhaupt möglich. Erste Abstimmungen haben mit Auftragsbeginn zu erfolgen.

Die Kosten dafür sind als Nebenleistungen entsprechend zu berücksichtigen.

3.7 Schutz von Bäumen und Vegetationsbeständen

Zu erhaltende Einzelbäume und Vegetationsbestände sind bei der Durchführung der Baumaßnahme zu schützen. Folgende Regelwerke sind zu beachten:

- R SBB, Richtlinien zum Schutz von Bäumen und Vegetationsbeständen bei Baumaßnahmen.
- DIN 18920, Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen.
- ZTV Baumpflege

Insbesondere auf folgende Schadensursachen wird ausdrücklich hingewiesen:

- Bodenverdichtung durch Befahren, Abstellen von Maschinen und Fahrzeugen, Baustelleneinrichtungen, Lagern von Baustoffen und Abfällen, speziell im Bereich der bestehenden wertvollen Vegetationsflächen
- Bodenbewegung (Bodenauftrag, Bodenabtrag),
- chemische Verunreinigung,
- mechanische Beschädigung oder Zerstörung im Wurzel- und/oder im oberirdischen Bereich.

Bei Erfordernis sind geeignete Schutzmaßnahmen zu ergreifen und mit der Bauleitung vor Ausführung abzustimmen.

Bei Schäden an Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen muss der AN Schadenersatz leisten, soweit er den Schaden zu vertreten hat, Bewertungsmethode Koch. Evtl. notwendige Sanierungsmaßnahmen und die Einholung besonderer Gutachten gehen zu Lasten des Schadensverursachers.

Fragen können über die örtliche Bauleitung an die zuständige Fachstelle von SÖR 1/A gestellt werden.

3.8 Umweltbaubegleitung

Bei Notfällen wie verletzte Fledermäuse, Vögel oder ähnliches muss unverzüglich die Umweltbaubegleitung informiert werden.

Ansprechpartner

Wird nach Auftragsvergabe bekannt gegeben.

3.9 Unfallschutz

Die Arbeiten müssen von einem fachlich geeigneten Vorgesetzten geleitet werden. Während der Arbeiten muss diese Person ständig auf der Baustelle anwesend sein oder einen qualifizierten Vertreter bestimmen.

Vertragliche Regelungen 4

4 SONSTIGE ANGABEN

4.1 Abweichung Lang- und Kurztext

Sofern Lang- und Kurztext voneinander abweichen, gilt immer der Langtext.

4.2 Anlagen

- Lageplan
- Ausführungsplan Vorabmaßnahmen BA01 als Vorabzug
- Liste Abbruch/Abbau/Umsetzung Ausstattungselemente

01	Vorabmaßnahmen - Bauabschnitt 1	EUR
01.01	Sicherungsmaßnahmen	EUR

Hinweis

ALLGEMEINE HINWEISE

Verschiedene Zäune als Baumschutzmaßnahmen

Der Baumschutz erfolgt über folgende ortsfeste Zäune:

- Baumschutzzäune (Holz), Standzeit ca. 2 Jahre
- Blickdichte Schutzzäune, Standzeit ca. 6 Jahre
- Bauzäune (Metall) ca. 6 Jahre

Baumschutzzäune und Bauzäune werden Eigentum der Stadt Nürnberg und verbleiben auf der Baustelle.

Bei den blickdichten Schutzzaunen sind Aufständering und Ballastierung zur Miete, während die Zaunfelder in das Eigentum der Stadt Nürnberg übergehen.

01.01.0001	Abstecken Zaunverläufe und Gebäude/Baugruben	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	psch pro 1,00 psch

Abstecken sämtlicher Zaunverläufe, Gebäudeachsen und -kanten sowie Baugrubenumrisse der beiden Neubauten wie im Plan georeferenziert angegeben, jedoch in Abstimmung mit der Bauleitung.

Markierung der Linienführung in Lage und Sicherung der Vermessungspunkte.

Hinweis

Baumschutzzaun, Holz
Standzeit ca. 2 Jahre

Teilweise erschwerter Einbau, da der Zaun im Bereich von Wurzeln verläuft.

Beim Einschlagen der Pfosten ist dringend die kampfmitteltechnische Fachfirma zu beteiligen.

01.01.0002	Schutzzaun gegen mechanische Schäden an Bäumen aufstellen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	240,00	m pro 1,00 m

Schutzzaun gegen mechanische Schäden an Bäumen und Großgehölzen aufstellen, Höhe 2,00 m, für die Dauer der Folgebaumaßnahmen Neubauten, Abstand des Zauns mind. 2,50 m vom Stamm entfernt, Lage gemäß Plan, jedoch in Absprache mit der Bauleitung vor Ort.

Ausführung mit Holzpfeilen, Zopfdicke mind. 10 cm, Länge mind. 300 cm, im Boden einschlagen, Abstand der Pfeile i.M. 300 cm, miteinander verbinden, 4 Bretter übereinander, mit mind. 20 mm dicken und 200 mm breiten Brettern, ca. jeder 3. Pfeil mit Queraussteifung nach Innen

01.01.0003	Schutzzaun gegen mechanische Schäden an Bäumen aufstellen, in geneigtem Gelände	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	36,00	m pro 1,00 m

Schutzzaun gegen mechanische Schäden an Bäumen und Großgehölzen aufstellen, in geneigtem Gelände, Höhe 2,00 m, für die Dauer der Folgebaumaßnahmen Neubauten, Abstand des Zauns mind. 2,5 m vom Stamm entfernt, Lage gemäß Plan, jedoch in Absprache mit der Bauleitung.

Ausführung mit Holzpfeilen, Zapfenstärke mind. 10 cm, Länge mind. 300 cm, im Boden einschlagen, Abstand der Pfeilen i.M. 300 cm, miteinander verbinden, 4 Bretter übereinander, mit mind. 20 mm dicken und 200 mm breiten Brettern, ca. jeder 3. Pfeilen mit Queraussteifung nach Innen

01.01.0004	Tor abschließbar Bretter B 1,25-1,5m H 1,75-2m einbauen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	St pro 1,00 St

STLB-Bau 2025-10 000 656
Behelfsmäßiges Tor, abschließbar, einflügelig, aus Brettern, vorgefertigt, im Bauzaun, Breite über 1,25 bis 1,5 m, Höhe über 1,75 bis 2 m, einbauen.

Hinweis

Schutzzaun geschlossen - mit Ballastierung
Standzeit ca. 6 Jahre (entspricht ca. 310 Wochen)

Der Schutzzaun dient als Abgrenzung zum Außenbereich der Kinder und Jugendlichen, die Zaunfüllung soll für eine Gestaltung durch die Kinder und Jugendlichen geeignet sein.

Bei den blickdichten Schutzzaunen sind Aufständigung und Ballastierung zur Miete, während die Zaunfelder in das Eigentum der Stadt Nürnberg übergehen.

01.01.0005	Ständer für Holzbauzaun, Höhe 2,00 m inklusive Ballastierung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	66,00	St pro 1,00 St

Ständer für Holzbauzaun, Höhe 2,00 m inklusive Ballastierung
inkl. Montage/Demontage/Be- und Entladen, Bereitstellung

Bestehend aus
Bauzaunständer für Wandelemente. Für einfaches Einsetzen in angeschweißte U-Schienen; Zusätzliche Befestigung durch Nägel oder Schrauben.

Material: Stahl, verzinkt

Einschließlich Sicherung der Ständer mittels Ballastgewichten (z. B. Betonsteine), geeignet für Standsicherheit bis Windstärke 6 bft.

01.01.0006	Miete Ständer und Ballastierung für Holzbauzaun	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	20.592,00	StWo pro 1,00 StWo

Miete Ständer und Ballastierung für Holzbauzaun

Miete/Stück/Woche

01.01.0007	Holzbauzaun, Zaunfelder, Höhe 2,00 m geschlossen einschließlich Montage	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	130,00	m pro 1,00 m

Holzbauzaun, Zaunfelder, Höhe 2,00 m geschlossen
inkl. Montage/Demontage/Be- und Entladen,

Bereitstellung

Stabiler Bauzaun, als geschlossener Zaun aus Holz oder Holzwerkstoff, in vorher beschriebener Ständerbauweise, mit 2 Meter Höhe montieren.

mit Holztafeln oder Brettern,
Material unbehandelt, fsc-zertifiziert,
witterungsbeständig,
geeignet für Gestaltung durch Kinder und Jugendliche.

Stellung auf ebenen Untergrund,
Platzbedarf für auskragende Ständer ca. 1,20 m.

Zaunfelder gehen in das Eigentum des AG über.

Hinweis

Schutzzaun geschlossen - Pfosten
Standzeit ca. 6 Jahre (entspricht ca. 310 Wochen)

Schutzzaun dient als Abgrenzung zum Außenbereich der Kinder und Jugendlichen, die Zaunfüllung soll für eine Gestaltung durch die Kinder und Jugendlichen geeignet sein.

Bei den blickdichten Schutzzaunen sind Pfosten bzw. Stahlträger zur Miete, während die Zaunfelder und die Tore in das Eigentum der Stadt Nürnberg übergehen.

Teilweise ist der Einbau erschwert, da der Zaun im Bereich von Wurzeln verläuft.

Beim Einschlagen der Pfosten ist dringend die kampfmitteltechnische Fachfirma zu beteiligen.

01.01.0008	Pfosten/Stahlträger für Holzbauzaun, Höhe 2,00 m zum Einschlagen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	22,00	St pro 1,00 St
		Pfosten/Stahlträger für Holzbauzaun, Für Zaunhöhe 2,00 m zum Einschlagen				

inkl. Montage/Demontage/Be- und Entladen,
Bereitstellung

Metallträgern oder Hartholzpfosten 14 x 14 cm,
Befestigung durch Einschlagen oder Eingraben
geeignet für Standsicherheit bis Windstärke 6 bft.

Für Stellung auf geneigtem Untergrund oder bei zu
wenig Platz für Ständerung und Ballastierung.

01.01.0009	Miete Pfosten/Stahlträger für Holzbauzaun	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	6.864,00	StWo pro 1,00 StWo

Miete Pfosten/Stahlträger für Holzbauzaun

Miete/Stück/Woche

01.01.0010	Holzbauzaun Höhe 2,00 m geschlossen einschließlich Montage	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	28,00	m pro 1,00 m

Holzbauzaun Höhe 2,00 m geschlossen,
an Pfosten bzw. Stahlträgern montieren,

inkl. Montage/Demontage/Be-Entladen, Bereitstellung.

Mit Holztafeln oder Brettern,
Material unbehandelt, fsc-zertifiziert,
witterungsbeständig,
geeignet für Gestaltung durch Kinder und Jugendliche.

Befestigung nach statischen Erfordernissen an
Metallträgern oder Hartholzpfosten 14 x 14 cm,
Befestigung durch Einschlagen oder Eingraben.

Stellung bei zu wenig Platz für Ständerung und

Ballastierung.

01.01.0011	Holzbauzaun Höhe 2,00 m geschlossen einschließlich Montage im Bereich Böschung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	12,00	m pro 1,00 m

Holzbauzaun Höhe 2,00 m geschlossen,
mit Pfosten, aufstellen.

inkl. Montage/Demontage/Be-Entladen, Bereitstellung.

Mit Holztafeln oder Brettern,
Material unbehandelt, fsc-zertifiziert,
witterungsbeständig,
geeignet für Gestaltung durch Kinder und Jugendliche.

Befestigung nach statischen Erfordernissen an
Metallträgern oder Hartholzpfeilen 14 x 14 cm,
Befestigung durch Einschlagen oder Eingraben.

Einschließlich Anpassungsarbeiten aufgrund der Stellung
im Böschungsbereich.

Stellung auf geneigtem Untergrund im Bereich der
Böschung.

01.01.0012	Tor abschließbar B 6-6,25m H 2,00 m einbauen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St
		Behelfsmäßiges Tor, abschließbar, 2-flügelig, passend zum geschlossenen Bauzaun, vorgefertigt, mit Feststeller, im Bauzaun, geeignet als Feuerwehrezufahrt. Ausführung als Schiebetor nicht möglich.				
Breite über 6 bis 6,25 m, Höhe 2,00 m,						

einbauen.
Das Tor geht in das Eigentum der Stadt Nürnberg über.

01.01.0013	Tor abschließbar B ca. 1,20 m, H 2,00 m einbauen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St
	Behelfsmäßiges Tor, abschließbar, 1-flügelig, passend zum geschlossenen Bauzaun, vorgefertigt, im Bauzaun, Breite ca. 1,20 m, Höhe 2 m, einbauen. Das Tor geht in das Eigentum der Stadt Nürnberg über.					

01.01.0014	An- und Abtransport	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	psch pro 1,00 psch
	An- und Abtransport sämtlicher Elemente des blickdichten Zaunes wie zuvor beschrieben. Liefern der gesamten Zäune, Abtransportieren der gemieten Teile.					

Hinweis

Bauzaun als Baumschutzzaun,
verschraubt und im Untergrund verankert.
Standzeit ca. 6 Jahre.

01.01.0015	Bauzaun Stahlrohrrahmen verz Vergitterung H 2m aufstellen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	250,00	m pro 1,00 m

STLB-Bau 2025-10 000 638
 Bauzaun, aus Einzelelementen mit verzinktem
 Stahlrohrrahmen und Vergitterung, verschraubt, mit
 Standfüßen, Zaunoberkante über Oberfläche Gelände 2 m,
 aufstellen, Ausführung gemäß Zeichnung.

Textergänzungen/Eigenschaften

Standfüsse mit Verankerung : Standfüsse mit Verankerung, Untergrund im Bereich des Multifunktionsplatzes mit Asphalt-Tragschicht, daher gegebenenfalls Bohrungen nötig. Verankerung Bauzaunfuß mit Erdnagel D mind. 13 mm Länge mind. 45 cm

01.02	Herrichten der Geländeoberfläche	EUR
--------------	---	------------------

Hinweis

Versetzen, Abbauen und Abbrechen von
 Ausstattungsgegenständen im Verlauf der Zäune.

Im Sinne der Nachhaltigkeit wird grundsätzlich
 angestrebt, alle Materialien so zu auszubauen und zu
 lagern, dass sie für eine Wiederverwendung geeignet
 bleiben.

Zur besseren Verständlichkeit sind die
 Ausstattungsgegenstände in der beiliegenden Liste
 beschrieben.

01.02.0001	Versetzen Spielhäuschen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St

Kleines Spielhäuschen,
 Versetzen innerhalb des Bereiches Neubau Ost,
 Transportweg ca. 40 m
 Neue Position gem. Plan, jedoch in Abstimmung mit der
 Bauleitung

Aus Rundhölzern, verschraubt,
 Kompakter Boden aus Holz,
 Fundament aus vier Einzelfundamenten

Ungefähre Abmessungen:

Höhe 1,20 m
 Länge 1,35 m
 Breite 1,15 m
 Gewicht ca. 150 kg

Aufstellen auf ebenem Untergrund
 auf vier Einzelfundamenten

01.02.0002	Versetzen Tischtennisplatte	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St
	Tischtennisplatte, Versetzen innerhalb des Gemeinschaftsbereiches, Transportweg ca. 50 m Neue Position gem. Plan, jedoch in Abstimmung mit der Bauleitung Ungefähre Abmessungen: 274 x 152,5 x 76 cm Gewicht bis zu 1000 kg Aufstellen auf ebenem Untergrund ohne Fundament. Höhenausgleich mit Distanzplatten					

01.02.0003	Versetzen Sitzbank	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St
	Versetzen Sitzbank innerhalb des Gemeinschaftsbereiches, Transportweg ca. 50 m Neue Position gem. Plan, jedoch in Abstimmung mit der Bauleitung massives Gusseisengestell, Sitzfläche und Rückenlehne mit Holzbelattung, zum Aufdübeln Gewicht ca. 45 kg					

auf Untergrund verschraubt, Schrauben lösen

Aufstellen auf ebenem Untergrund
am neuen Stellplatz wieder verschrauben.

01.02.0004	Abbau Jugendbank	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St
	Jugendbank Abbau und Einlagerung					
	bestehend aus Rundhölzer verschraubt, vier Pfosten mit Pfostenschuhen in Betonfundament, vier Rundhölzer als Sitzgelegenheit, jeweils zwei Hölzer horizontal angeschraubt an zwei Pfosten, Schrauben lösen.					
	Abbruch von Hand/mit handgeführten Kleingeräten, Ausführung erschütterungsarm DIN 4150, lärmarm, Lärmpegel max. 80 dB(A), staubarm TRGS 559, ohne Funkenfreisetzung, ohne Untergrundbeschädigung, ohne Wasserfreisetzung, aufgenommene Stoffe zur Wiederverwendung sortieren, sammeln, wiederverwendbare Stoffe seitlich lagern, nicht wiederverwendbare Stoffe sammeln, auf LKW des AN laden, Mengenermittlung nach Aufmaß, die Entsorgung wird gesondert vergütet.					

01.02.0005	Abbruch und Entsorgung große Tore an Ballfangzaun	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	St pro 1,00 St
	Abbruch und Entsorgung zweier Fußballtore, Aluminium, Großfeld-Fußballtore für in Bodenbuchsen stehend (Einstecktiefe 500 mm), mit Netzbügeln. Nicht funktionstüchtig.					

Aktuell zur Zwischenlagerung an vorhandenen
Ballfangzaun angelehnt.

Tormaß innen: 7,32 x 2,44 m
Gewicht ca. 52,5 kg

Tore sind nicht mehr zu verwenden, gegebenenfalls
verkleinern, auf LKW des AN laden,
die Entsorgung wird gesondert vergütet.

01.02.0006	abbrechen Pflasterbelag Naturstein-Kleinpflaster D 70mm Fundament Beton D 20cm Hofffläche nicht schadstoffbelastet 24kN/m3 Geräteeinsatz mgl. wiederverwendb Stoffe lagern laden LKW AN ges.Vergüt.Entsorg.	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
				 pro 1,00 m2
		19%	9,50	m2		

STLB-Bau 2025-10 084 6259
Teilabbruch des Pflasterbelages außen, aus Naturstein-
Kleinpflaster, Dicke 70 mm, einschl. Fundament aus
Beton, Bettungsdicke 20 cm, in Hoffflächen, nicht
schadstoffbelastet,
Abfall ist nicht gefährlich, ohne Festlegung eines
Zuordnungskriteriums LAGA/DepVO/EBV/RuVA, Wichte des
Abbruchstoffes DIN EN 1991-1-1 24 kN/m3, Erschwernis
gemäß Abbruchplan, Geräteeinsatz ist möglich, max.
Gesamtgewicht bis 2 t, Ausführung erschütterungsarm
DIN 4150, lärmarm, Lärmpegel max. 80 dB(A), staubarm
TRGS 559,
aufgenommene Stoffe zur Wiederverwendung sortieren,
sammeln, wiederverwendbare Stoffe seitlich lagern,
nicht wiederverwendbare Stoffe sammeln, auf LKW des AN
laden,
die Entsorgung wird gesondert vergütet.

Hinweis

Abbruch Sandkasten, Einfassung bestehend aus (U-Steinen in) Beton mit Sitzauflage aus Holz.

01.02.0007	abbrechen Befestigung ohne Bindemittel Kiessand nicht schadstoffbelastet 18kN/m3 D 30-40cm Geräteeinsatz mgl. Stoffe laden LKW AN ges.Vergüt.Entsorg.	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
				 pro 1,00 m3
		19%	2,80	m3		

STLB-Bau 2025-10 084 6386
Totalabbruch der Befestigung ohne Bindemittel, aus Kiessand, nicht schadstoffbelastet, Abfall ist nicht gefährlich, ohne Festlegung eines Zuordnungskriteriums LAGA/DepVO/EBV/RuVA, Wichte des Abbruchstoffes DIN EN 1991-1-1 18 kN/m3, Dicke über 30 bis 40 cm, Erschwernis gemäß Abbruchplan, Geräteeinsatz ist möglich, max. Gesamtgewicht bis 5 t, Ausführung erschütterungsarm DIN 4150, lärmarm, Lärmpegel max. 80 dB(A), staubarm TRGS 559, aufgenommene Stoffe zur Entsorgung sortieren, sammeln, auf LKW des AN laden, Mengenermittlung nach Aufmaß, die Entsorgung wird gesondert vergütet.

01.02.0008	Bank Holz/Holzwerkstoff abbauen v.Hand wiederverwendb Stoffe lagern	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
				 pro 1,00 m
		19%	14,00	m		

Abbauen der Bank aus Holz/Holzwerkstoff, bestehend aus jeweils drei Brettern, befestigt auf Metallschienen; Metallschienen verschraubt mit Untergrund, pro Schiene 2 Schrauben, insgesamt 20 Schienen/40 Schrauben.

Abbruch von Hand/mit handgeführten Kleingeräten, Ausführung erschütterungsarm DIN 4150, lärmarm, Lärmpegel max. 80 dB(A), staubarm TRGS 559, ohne Funkenfreisetzung, ohne Untergrundbeschädigung, ohne Wasserfreisetzung, aufgenommene Stoffe zur Wiederverwendung sortieren,

sammeln, wiederverwendbare Stoffe seitlich lagern,
nicht wiederverwendbare Stoffe sammeln, auf LKW des AN
laden, Mengenermittlung nach Aufmaß,
die Entsorgung wird gesondert vergütet.

01.02.0009 Streifenfundament Beton				Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
abbrechen nicht					
schadstoffbelastet 24kN/m3 B					
40-50cm D 80 cm Geräteeinsatz			
mgl. Stoffe laden LKW AN				pro 1,00 m3	
ges.Vergüt. Entsorg.					
	USt. [%]	Menge	Einheit		
	19%	5,60	m3		

STLB-Bau 2025-10 084 6092
Abbruch des Streifenfundaments aus unbewehrtem Beton,
Normalbeton, Betonfestigkeitsklasse nach Prüfung,
Betonfestigkeitsklasse C25/30
ohne Bekleidungen und Beschichtungen, im Rahmen einer
Totalabbruchmaßnahme, nicht schadstoffbelastet,
Abfall ist nicht gefährlich, ohne Festlegung eines
Zuordnungskriteriums LAGA/DepVO/EBV/RuVA, Wichte des
Abbruchstoffes DIN EN 1991-1-1 24 kN/m3, Abbruchbreite
über 40 bis 50 cm,
Abbruchdicke 80
cm,
Ausführung im Freien,
Geräteeinsatz ist möglich, max. Gesamtgewicht bis 5 t,
Ausführung erschütterungsarm DIN 4150, lärmarm,
Lärmpegel max. 80 dB(A), staubarm TRGS 559, ohne
Zerkleinerung, aufgenommene Stoffe zur Entsorgung
sortieren, sammeln, auf LKW des AN laden,
Mengenermittlung nach Aufmaß,
die Entsorgung wird gesondert vergütet, Ausführung
gemäß Zeichnung.

Hinweis

Ballfangzaun Feuerwehruzufahrt / Nebengebäude

Erschwernis durch Lage zwischen Baumbestand und später abzubrechendem Nebengebäude.
Die meisten Bäume sind jedoch zum Ausführungszeitpunkt bereits gerodet.
Teilabbruch, da der Rest des Ballfangzaunes stehen bleibt.

01.02.0010	Ballfangzaun Gelenk-Knotengitter Stahl abbrechen nicht schadstoffbelastet H 3,5m v.Hand Stoffe laden LKW AN ges.Vergüt. Entsorg.	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 m	Gesamtpreis [EUR]
		19%	10,00	m		

STLB-Bau 2025-10 084 8434
Abbruch des Ballfangzaunes aus Gelenk-/Knotengitter,
aus Stahl, im Rahmen einer Teilabbruchmaßnahme, nicht
schadstoffbelastet,
Abfall ist nicht gefährlich, Höhe 3,5 m, Erschwernis
gemäß Vorbemerkungen,
Abbruch von Hand/mit handgeführten Kleingeräten,
Ausführung erschütterungsarm DIN 4150, lärmarm,
Lärmpegel max. 80 dB(A), staubarm TRGS 559,
aufgenommene Stoffe zur Entsorgung sortieren, sammeln,
auf LKW des AN laden, Mengenermittlung nach Aufmaß,
der Abbruch der Pfosten wird gesondert vergütet,
die Entsorgung wird gesondert vergütet.

01.02.0011	Zaunpfosten Stahl abbrechen nicht schadstoffbelastet WD 2mm L 450cm v. Hand wiederverwendb Stoffe lagern laden LKW AN ges.Vergüt.Entsorg.	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 St	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	St		

STLB-Bau 2025-10 084 8434
Abbruch des Zaunpfostens aus Stahl, in Fundament
eingegossen, im Rahmen einer Totalabbruchmaßnahme,
nicht schadstoffbelastet,
Abfall ist nicht gefährlich, Wanddicke 2 mm,

Gesamtlänge 450 cm, Erschwernis gemäß Vorbemerkungen,
 Abbruch von Hand/mit handgeführten Kleingeräten,
 Ausführung erschütterungsarm DIN 4150, lärmarm,
 Lärmpegel max. 80 dB(A), staubarm TRGS 559,
 aufgenommene Stoffe zur Wiederverwendung sortieren,
 sammeln, wiederverwendbare Stoffe seitlich lagern,
 nicht wiederverwendbare Stoffe sammeln, auf LKW des AN
 laden, der Abbruch des Fundamentes wird gesondert
 vergütet,
 die Entsorgung wird gesondert vergütet, Ausführung
 gemäß Zeichnung.

Hinweis

Ballfangzaun Multifunktionsplatz / Bereich spätere
 Zufahrt Neubau Ost bei Fluchttreppenhause

Teilabbruch, da der Rest des Ballfangzaunes stehen
 bleibt.

01.02.0012	Ballfangzaun Gelenk-Knotengitter	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Stahl abbrechen nicht		
	schadstoffbelastet H 2,75m
	v.Hand Stoffe laden LKW AN	pro 1,00 m	
	ges.Vergüt. Entsorg.		
	USt. [%] Menge Einheit		
	19% 8,00 m		

STLB-Bau 2025-10 084 8434
 Abbruch des Ballfangzaunes aus Gelenk-/Knotengitter,
 aus Stahl, im Rahmen einer Teilabbruchmaßnahme, nicht
 schadstoffbelastet,
 Abfall ist nicht gefährlich, Höhe 2,75 m, Erschwernis
 gemäß Vorbemerkungen,
 Abbruch von Hand/mit handgeführten Kleingeräten,
 Ausführung erschütterungsarm DIN 4150, lärmarm,
 Lärmpegel max. 80 dB(A), staubarm TRGS 559,
 aufgenommene Stoffe sammeln, auf LKW des AN laden,
 Mengenermittlung nach Aufmaß,
 der Abbruch der Pfosten wird gesondert vergütet,
 die Entsorgung wird gesondert vergütet.

01.02.0013	Zaunpfosten Stahl abbrechen nicht schadstoffbelastet WD 2mm L 450cm v. Hand wiederverwendb Stoffe lagern laden LKW AN ges.Vergüt.Entsorg.	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
				 pro 1,00 St
		19%	3,00	St		

STLB-Bau 2025-10 084 8434
 Abbruch des Zaunpfostens aus Stahl, in Fundament eingegossen, im Rahmen einer Totalabbruchmaßnahme, nicht schadstoffbelastet, Abfall ist nicht gefährlich, Wanddicke 2 mm, Gesamtlänge 450 cm, Erschwernis gemäß Vorbemerkungen, Abbruch von Hand/mit handgeführten Kleingeräten, Ausführung erschütterungsarm DIN 4150, lärmarm, Lärmpegel max. 80 dB(A), staubarm TRGS 559, aufgenommene Stoffe zur Wiederverwendung sortieren, sammeln, wiederverwendbare Stoffe seitlich lagern, nicht wiederverwendbare Stoffe sammeln, auf LKW des AN laden, der Abbruch des Fundamentes wird gesondert vergütet, die Entsorgung wird gesondert vergütet.

01.02.0014	Diagonale Strebe Stahl abbrechen nicht schadstoffbelastet L 3,5m v. Hand wiederverwendb Stoffe lagern laden LKW AN ges.Vergüt.Entsorg.	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
				 pro 1,00 St
		19%	2,00	St		

Abbruch der diagonalen Strebe aus Stahl, im Rahmen einer Totalabbruchmaßnahme, nicht schadstoffbelastet, Abfall ist nicht gefährlich, Länge der Strebe ca. 4,0 m,

Erschwernis gemäß Vorbemerkungen, Abbruch von Hand/mit handgeführten Kleingeräten, Ausführung erschütterungsarm DIN 4150, lärmarm, Lärmpegel max. 80 dB(A), staubarm TRGS 559,

aufgenommene Stoffe zur Wiederverwendung sortieren,
sammeln, wiederverwendbare Stoffe seitlich lagern,
nicht wiederverwendbare Stoffe sammeln, auf LKW des AN
laden,
der Abbruch des Fundamentes wird gesondert vergütet,
die Entsorgung wird gesondert vergütet.

01.02.0015	Bestehenden Zaunpfosten als Endpfosten ausbilden,	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	St pro 1,00 St

Bestehenden Zaunpfosten als Endpfosten ausbilden,
für Ballfangzaun, Diagonale Strebe aus Stahlrundrohr
S235 DIN EN 10219-2, Durchmesser 60 mm, Wanddicke 2 mm,
Gesamtpfostenlänge ca. 400 cm.

01.02.0016	Ortbeton Einzelfundament unbewehrt C20/25 0,25-0,5m3	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,05	m3 pro 1,00 m3

STLB-Bau 2025-10 013 126
Ortbeton Einzelfundament, obere Betonfläche waagerecht,
aus unbewehrtem Beton, Normalbeton C 20/25 DIN 1045-2,
natürliche Gesteinskörnung, Einzelvolumen über 0,25
bis 0,5 m3.

Hinweis

Zweiflügliges Tor

01.02.0017	Tor Rahmen Füllung Stahl abbrechen nicht schadstoffbelastet Weite 350cm H 1,4m v.Hand wiederverwendb Stoffe lagern laden LKW AN ges. Vergüt.Entsorg.	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
				 pro 1,00 St
		19%	1,00	St		

STLB-Bau 2025-10 084 8434
 Abbruch des Zauntors aus Rahmen und Füllung, aus
 Stahl, im Rahmen einer Totalabbruchmaßnahme, nicht
 schadstoffbelastet,
 Abfall ist nicht gefährlich, lichte Weite 350 cm, Höhe
 1,4 m, Rahmenmaße 60/40 mm, Wanddicke 2 mm, Füllung
 aus Stahlvierkantrohr S235 DIN EN 10219-2, Erschwernis
 gemäß Vorbemerkungen,
 Abbruch von Hand/mit handgeführten Kleingeräten,
 Ausführung erschütterungsarm DIN 4150, lärmarm,
 Lärmpegel max. 80 dB(A), staubarm TRGS 559,
 aufgenommene Stoffe zur Wiederverwendung sortieren,
 sammeln, wiederverwendbare Stoffe seitlich lagern,
 nicht wiederverwendbare Stoffe sammeln, auf LKW des AN
 laden,
 der Abbruch der Pfosten wird gesondert vergütet,
 die Entsorgung wird gesondert vergütet, Ausführung
 gemäß Zeichnung.

01.02.0018	Zaunpfosten Stahl abbrechen nicht schadstoffbelastet 80/80mm WD 3mm L 200cm v.Hand wiederverwendb Stoffe lagern laden LKW AN ges.Vergüt. Entsorg.	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
				 pro 1,00 St
		19%	2,00	St		

STLB-Bau 2025-10 084 8434
 Abbruch des Zaunpfostens aus Stahl, in Fundament
 eingegossen, im Rahmen einer Totalabbruchmaßnahme,
 nicht schadstoffbelastet,
 Abfall ist nicht gefährlich, Querschnitt 80/80 mm,
 Wanddicke 3 mm, Gesamtlänge 200 cm, Erschwernis gemäß
 Vorbemerkungen,
 Abbruch von Hand/mit handgeführten Kleingeräten,
 Ausführung erschütterungsarm DIN 4150, lärmarm,

Lärmpegel max. 80 dB(A), staubarm TRGS 559, aufgenommene Stoffe zur Wiederverwendung sortieren, sammeln, wiederverwendbare Stoffe seitlich lagern, nicht wiederverwendbare Stoffe sammeln, auf LKW des AN laden, der Abbruch des Fundamentes wird gesondert vergütet, die Entsorgung wird gesondert vergütet, Ausführung gemäß Zeichnung.

Hinweis

Zaun beidseitig des Tores

01.02.0019	Zaun Stahlgittermatten Stahl abbrechen nicht schadstoffbelastet H 1, 8m v.Hand wiederverwendb Stoffe lagern laden LKW AN ges.Vergüt. Entsorg.	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
				 pro 1,00 m
		19%	2,50	m		

STLB-Bau 2025-10 084 8434
Abbruch des Zaunes aus Stahlgittermatten (Paneelen), aus Stahl, im Rahmen einer Totalabbruchmaßnahme, nicht schadstoffbelastet, Abfall ist nicht gefährlich, Höhe 1,8 m, Erschwernis gemäß Vorbemerkungen, Abbruch von Hand/mit handgeführten Kleingeräten, Ausführung erschütterungsarm DIN 4150, lärmarm, Lärmpegel max. 80 dB(A), staubarm TRGS 559, aufgenommene Stoffe zur Wiederverwendung sortieren, sammeln, wiederverwendbare Stoffe seitlich lagern, nicht wiederverwendbare Stoffe sammeln, auf LKW des AN laden, Mengenermittlung nach Aufmaß, der Abbruch der Pfosten wird gesondert vergütet, die Entsorgung wird gesondert vergütet, Ausführung gemäß Zeichnung.

01.02.0020	Zaunpfosten Stahl abbrechen nicht schadstoffbelastet WD 2mm L 240cm v. Hand wiederverwendb Stoffe lagern laden LKW AN ges.Vergüt.Entsorg.	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
				 pro 1,00 St
		19%	4,00	St		

STLB-Bau 2025-10 084 8434
Abbruch des Zaunpfostens aus Stahl, in Fundament
eingegossen, im Rahmen einer Totalabbruchmaßnahme,
nicht schadstoffbelastet,
Abfall ist nicht gefährlich, Wanddicke 2 mm,
Gesamtlänge 240 cm, Erschwernis gemäß Vorbemerkungen,
Abbruch von Hand/mit handgeführten Kleingeräten,
Ausführung erschütterungsarm DIN 4150, lärmarm,
Lärmpegel max. 80 dB(A), staubarm TRGS 559,
aufgenommene Stoffe zur Wiederverwendung sortieren,
sammeln, wiederverwendbare Stoffe seitlich lagern,
nicht wiederverwendbare Stoffe sammeln, auf LKW des AN
laden, der Abbruch des Fundamentes wird gesondert
vergütet,
die Entsorgung wird gesondert vergütet.

01.02.0021	Einzelfundament Beton abbrechen nicht schadstoffbelastet 24kN/m3 0,25- 0,5m3 Geräteeinsatz mgl. Stoffe	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
				 pro 1,00 m3
		19%	2,40	m3		

STLB-Bau 2025-10 084 6092
Abbruch des Einzelfundaments aus unbewehrtem Beton,
Normalbeton, Betonfestigkeitsklasse nach Prüfung,
Betonfestigkeitsklasse C25/30
ohne Bekleidungen und Beschichtungen, im Rahmen einer
Totalabbruchmaßnahme, nicht schadstoffbelastet,
Abfall ist nicht gefährlich, ohne Festlegung eines
Zuordnungskriteriums LAGA/DepVO/EBV/RuVA, Wichte des
Abbruchstoffes DIN EN 1991-1-1 24 kN/m3,
Abbruchvolumen über 0,25 bis 0,5 m3, Ausführung im
Freien,
Geräteeinsatz ist möglich, max. Gesamtgewicht bis 5 t,
Ausführung erschütterungsarm DIN 4150, lärmarm,

Lärmpegel max. 80 dB(A), staubarm TRGS 559, ohne Zerkleinerung, aufgenommene Stoffe zur Entsorgung sortieren, sammeln, und auf der Baustelle lagern, Mengenermittlung nach Aufmaß.

01.02.0022	Arbeitsraum verfüllen verdichten Einbau-H 0,8m Boden liefern GU*	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	m3 pro 1,00 m3
STLB-Bau 2025-10 002 3211 Arbeitsraum profilgerecht verfüllen, einschl. Stoffe verdichten, Einbauhöhe bis 0,8 m, Boden, liefern, mit einer Bodengruppe, Bodengruppe 1 GU* DIN 18196 (Kies- Schluff-Gemisch).						
<hr/>						
01.02.0023	Trasse abräumen B 1-1,5m getrennt laden ges.Vergüt.Entsorg.	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	141,60	m2 pro 1,00 m2
Trasse für Zäune in bestimmt Bereichen abräumen und für die Ständerung vorbereiten, in Teilflächen, in Absprache mit der Bauleitung vor Ort. Breite der Trasse über 1 bis 1,5 m, anfallende Stoffe trennen und seitlich, Entsorgung wird gesondert vergütet.						
<hr/>						
01.02.0024	Aufnahmen Transp. z.Verwendung zur Lagerstelle transp. bis 4km	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	t pro 1,00 t

Aufnehmen und Transportieren von Abbruchstoffen und Ausstattungselementen zur Verwendung als gebrauchte Baustoffe, auf Baustelle lagernd, laden, zur Lagerstelle transportieren, Transportweg bis 1 km.

01.03	Entsorgung	EUR
--------------	-------------------	------------------

Hinweis

Hinweis Materialentsorgung

Der Abtransport der Materialien darf erst durch Freigabe der Bauleitung bzw. des Bauherren erfolgen.

Die Entsorgung wird nur mit Nachweisen von Wiegescheinen anerkannt. Die Wiegescheine sind innerhalb einer Woche nach Abfuhr bei der örtlichen Bauleitung vorzulegen. Bei verspäteter Vorlage können diese abgelehnt werden.

01.03.0001	Abfall nicht gefährlich AVV170407 nicht schadstoffbelastet LKW AN transp. entsorgen Verwertungsanlage bis 10km Vergüt.Entsorg. AN	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 t	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,061	t		

STLB-Bau 2025-10 087 6106
Bau- und Abbruchabfälle, Metalle, nicht gefährlich, Abfallschlüssel nach AVV (Abfallverzeichnis-Verordnung) 170407 Metall, gemischt, nicht schadstoffbelastet, auf Baustelle lagernd, laden, mit LKW des AN transportieren, entsorgen, max. Gesamtgewicht ohne Beschränkung, zur Verwertungsanlage, Transportweg bis 10 km, Vergütung der Entsorgung übernimmt AN.

01.03.0002	Abfall nicht gefährlich AVV170101				Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	nicht schadstoffbelastet EBV 2023			
	RC-1 LKW AN transp. entsorgen	USt. [%]	Menge	Einheit	pro 1,00 t	
	Verwertungsanlage bis 10km					
	Vergüt. Entsorg. AN	19%	26,10	t		

STLB-Bau 2025-10 087 6106
 Bau- und Abbruchabfälle, Beton, Ziegel, Fliesen und Keramik,
 nicht gefährlich, Abfallschlüssel nach AVV
 (Abfallverzeichnis-Verordnung) 170101 Beton,
 nicht schadstoffbelastet, Werte gemäß
 Ersatzbaustoffverordnung 2023 sind eingehalten,
 Charakterisierung gemischter Bauschutt Klasse RC-1
 nach EBV 2023, Anlage 1, Tabelle 1,
 auf Baustelle lagernd, laden, mit LKW des AN
 transportieren, entsorgen, max. Gesamtgewicht ohne
 Beschränkung, zur Verwertungsanlage, Transportweg bis
 10 km, Vergütung der Entsorgung übernimmt AN.

01.03.0003	Abfall nicht gefährlich AVV170201				Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	nicht schadstoffbelastet LKW AN			
	transp. entsorgen	USt. [%]	Menge	Einheit	pro 1,00 t	
	Verwertungsanlage bis 10km					
	Vergüt. Entsorg. AN	19%	0,995	t		

STLB-Bau 2025-10 087 6106
 Bau- und Abbruchabfälle, Holz, Glas und Kunststoff,
 nicht gefährlich, Abfallschlüssel nach AVV
 (Abfallverzeichnis-Verordnung) 170201 Bau-
 /Abbruchabfall Holz,
 nicht schadstoffbelastet, Altholzkategorie A I,
 auf Baustelle lagernd, laden, mit LKW des AN
 transportieren, entsorgen, max. Gesamtgewicht ohne
 Beschränkung, zur Verwertungsanlage, Transportweg bis
 10 km, Vergütung der Entsorgung übernimmt AN.

01.03.0004	Abfall nicht gefährlich AVV170201 nicht schadstoffbelastet LKW AN transp. entsorgen Verwertungsanlage bis 10km Vergüt.Entsorg. AN				Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		USt. [%]	Menge	Einheit pro 1,00 t
		19%	0,75	t		

STLB-Bau 2025-10 087 6106
 Bau- und Abbruchabfälle, Holz, Glas und Kunststoff,
 nicht gefährlich, Abfallschlüssel nach AVV
 (Abfallverzeichnis-Verordnung) 170201 Bau-
 /Abbruchabfall Holz,
 nicht schadstoffbelastet, Altholzkategorie A II,
 auf Baustelle lagernd, laden, mit LKW des AN
 transportieren, entsorgen, max. Gesamtgewicht ohne
 Beschränkung, zur Verwertungsanlage, Transportweg bis
 10 km, Vergütung der Entsorgung übernimmt AN.

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

Verfahren: 2026001201 - Reutersbrunnenstraße 34 - Vorabmaßnahmen Baumschutz

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Eignungskriterien VOB/A Stadt Nürnberg

Gewichtung: 0,00%

1.1 Präqualifizierung

Ich bin/Wir sind im Präqualifikationsverzeichnis registriert. Bitte tragen Sie Ihre PQ-Nummer ein. Weitere Angaben zur Eignung sind neben der Eintragung der PQ-Nummer nicht notwendig.

Hinweis: Bei den nachfolgenden Muss-Angaben zur Eignung bitte "PQ" eintragen bzw. das so gekennzeichnete Feld ankreuzen.

1.2 Abfrage KMU [Mussangabe]

Bitte geben Sie an, welche Unternehmensgröße auf Ihr Unternehmen gem. EU-Empfehlung 2003/361 zutrifft?

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Großunternehmen (0)
☐ Mittleres Unternehmen (0)
☐ Kleines Unternehmen (0)
☐ Kleinstunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.3 Angaben zum Umsatz des Unternehmens [Mussangabe]

Bitte tragen Sie den Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen ein.

Es sind 3 Werte einzutragen. (Im Falle der Präqualifizierung bitte "PQ" eintragen.)

1.4 Referenzen [Mussangabe]

Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenen Leistung vergleichbar sind:

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten bis zu 3 Geschäftsjahren Leistungen erbracht habe(n), die mit der zu vergebenen Leistung vergleichbar sind.

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir für 3 Referenzen je eine Referenzbescheinigung mit mindestens folgenden Angaben vorlegen:

Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Entsprechende Referenzen sind vorhanden und eine Referenzbescheinigung wird nach Aufforderung vorgelegt. (0)
☐ PQ (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.5 Eintragung in das Berufsregister [Mussangabe]

Bitte geben Sie an unter welcher Nummer (incl. HRA/HRB) und bei welchem Amtsgericht Sie im Berufsregister eingetragen sind, sofern eine Eintragung für Sie gesetzlich vorgesehen ist.

(Im Falle der Präqualifizierung bitte nur "PQ" eintragen.)

1.6 Angaben zu Arbeitskräften [Mussangabe]

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl gelangt, werde ich/werden wir die Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leistungspersonal angeben.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Ein Nachweis wird nach Aufforderung vorgelegt. (0)
☐ PQ (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.7 Berufsgruppe [Mussangabe]

Wählen Sie die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe aus.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Handwerk (0)
- ☐ Industrie (0)
- ☐ Handel (0)
- ☐ Versorgungsunternehmen (0)
- ☐ Sonstiges (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.8 Vorlage von Unterlagen [Mussangabe]

Tragen Sie nachfolgend ein, welche Unterlagen vorgelegt/hochgeladen wurden:

- Gewerbeanmeldung
- Handelsregistrauszug (sofern ich/wir zur Eintragung verpflichtet bin/sind)
- Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer

Falls Sie präqualifiziert sind, tragen Sie bitte PQ ein

1.9 Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation [Mussangabe]

Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Ein Insolvenzverfahren oder Liquidation besteht/ ist beantragt. (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.10 Angabe zu Ausschlussgründen [Mussangabe]

Ich erkläre/Wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen keine schwere Verfehlung gemäß § 6a Abs. 2 Nr. 7 VOB/A vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit in Frage stellt.

Ich/Wir erkläre(n) insbesondere, dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
 - gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
 - gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz
- mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 EUR belegt worden bin/sind.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 EUR ohne Umsatzsteuer wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, eine Abfrage aus dem Wettbewerbsregister gem. § 6 WRegG beim Bundeskartellamt anfordern.

☐

Mehrere Antworten wählbar

1.11 Angabe zur Zahlung von Steuern und Abgaben [Mussangabe]

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir sofern diese dem Auftraggeber nicht bereits vorliegen, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse - soweit mein/unser Betrieb dort nicht beitragspflichtig ist, der zuständigen Krankenkasse - vorlegen.

☐

Mehrere Antworten wählbar

1.12 Bereitstellung zusätzlicher Unterlagen [Mussangabe]

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung durch die Vergabestelle vorgelegt/hochgeladen werden müssen, wenn ich/wir diese nicht bereits zum jetzigen Zeitpunkt vorgelegt/hochgeladen habe/haben bzw. wenn ich/wir nicht präqualifiziert bin/sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass mein/unser Angebot ansonsten ausgeschlossen werden muss.

☐

Mehrere Antworten wählbar

1.13 Angabe zur Mitgliedschaft der Berufsgenossenschaft [Mussangabe]

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir sofern diese dem Auftraggeber nicht bereits vorliegen, eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsumme vorlegen.

☐

LEISTUNGSKRITERIEN

1 Nachunternehmereinsatz VOB

Gewichtung: 0,00%

1.1 Nachunternehmereinsatz [Mussangabe]

Ich beabsichtige Nachunternehmer einzusetzen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein, dann bitte in die nachfolgenden Felder "kein NU" eintragen (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.2 Nachunternehmerliste VOB eingerichtet [Mussangabe]

Nachfolgend aufgeführte Teilleistungen, auf die mein/unser Betrieb eingerichtet ist, werden an Nachunternehmer übertragen: (Mindestens 70% der Leistungen, auf die der Bieter eingerichtet ist, müssen im eigenen Betrieb ausgeführt werden.) Bitte geben Sie unten eine Zuordnung nach LV-Titel, Gewerk, Positionsnummer und Beschreibung der Teilleistung an. Im Falle eines Nachunternehmereinsatzes sind den als Nachunternehmer vorgesehenen Firmen die vollständigen Vergabeunterlagen der ausschreibenden Dienststelle zur Angebotsabgabe zur Verfügung zu stellen.

1.3 Nachunternehmerliste VOB nicht eingerichtet [Mussangabe]

Nachfolgend aufgeführte Teilleistungen, auf die mein/unser Betrieb nicht eingerichtet ist, werden an Nachunternehmer übertragen: (Mindestens 50% der Gesamtleistung müssen im eigenen Betrieb ausgeführt werden, es sei denn, es handelt sich um eine gewerkeübergreifende Ausschreibung.) Geben Sie eine Zuordnung nach LV-Titel, Gewerk, Positionsnummer und Beschreibung der Teilleistung an. Im Falle eines Nachunternehmereinsatzes sind den als Nachunternehmer vorgesehenen Firmen die vollständigen Vergabeunterlagen der ausschreibenden Dienststelle zur Angebotsabgabe zur Verfügung zu stellen.

2 Erklärung zur ausbeuterischen Kinderarbeit

Gewichtung: 0,00%

2.1 Erklärung zur ausbeuterischen Kinderarbeit [Mussangabe]

Gemäß Beschluss des Bau- und Vergabeausschusses vom 20.06.2006 sind bei Beschaffungen der Stadt Nürnberg künftig nur Produkte zu berücksichtigen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention Nr. 182 hergestellt und erbracht wurden bzw. deren Hersteller oder Verkäufer aktive und zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet haben.

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung meinen/unseren Ausschluss von diesem und weiteren Vergabeverfahren zur Folge hat. Ich/wir stimmen zu, dass diese Erklärung an Dritte, insbesondere Nichtregierungsorganisationen, die sich gegen ausbeuterische Kinderarbeit engagieren, weitergegeben werden darf.

Werden die von Ihnen angebotenen Produkte ganz oder teilweise in Asien, Afrika oder Lateinamerika hergestellt oder bearbeitet?

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (Es sind die drei nachfolgenden Punkte auszufüllen) (0)
☐ Nein (keine weiteren Angaben erforderlich) (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.2 Produktliste Kinderarbeit

Welche der angebotenen Produkte wurden in Asien, Afrika oder Lateinamerika ganz oder teilweise hergestellt oder bearbeitet?
Bitte geben Sie die jeweilige Pos.-Nr, Produktbezeichnung und Herstellungs- bzw. Bearbeitungsländer an.

2.3 Zertifizierung Kinderarbeit

Sofern eine unabhängige Zertifizierung (z.B. Fair Wear Foundation, Fairtrade), die bestätigt, dass das/die Produkt/e nicht unter Einsatz ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinn der ILO-Konvention Nr. 182 hergestellt und/oder bearbeitet wurde/n vorliegt, wird ein entsprechender Nachweis hochgeladen.

[]

Mehrere Antworten wählbar

2.4 Alternative Nachweise Kinderarbeit

Es liegt kein Zertifikat/Siegel vor, alternativ ist ein Nachweis über einen Verhaltenskodex (code of conducts) oder eine Sozialklausel hochgeladen. Ist keiner dieser Nachweise erbracht, wird folgende Selbstverpflichtung abgegeben:
"Ich/wir versichern, dass das/die Produkt/e ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinn der ILO-Konvention Nr. 182 hergestellt und/oder verarbeitet wurde/n. Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen, meine/unsere Lieferanten und deren Subunternehmer aktive und zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet haben (z. B. Erarbeitung wirksamer

[]

Mehrere Antworten wählbar

3 Nebenangebote

Gewichtung: 0,00%

3.1 Nebenangebote [Mussangabe]

Mein/Unser Angebot enthält insgesamt die unten eingetragene Anzahl an Nebenangeboten.

(Die Gesamtanzahl muss die Anzahl der im Workflow erstellten Nebenangebote plus eventuell zusätzlich als Bieteranlage hochgeladene Nebenangebote umfassen)

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	2023-01-16_REB 34- Lageplan Projekt.pdf	1,51 MB	pdf
Dateianlage	260519_REB34_Vorab01_Baumschutzzäune01_anonym.pdf	3,11 MB	pdf
Dateianlage	260423_REB34_Abbruch-Ausstattung_anonym.pdf	4,52 MB	pdf